

das sich über globale Fragen hinaus intensiver mit Medienpolitik in Deutschland beschäftigen muss, das europäische Perspektiven ...

(Zuruf)

– Ja, das heißt aber nicht, dass man ein Forum beibehalten muss, nur weil das nächste Jahr seinen 30. Geburtstag gefeiert hätte.

Ich war bei den allerersten Foren mit dabei. Ich war mit 27 oder 28 stellvertretendes Mitglied der LfR-Rundfunkkommission. Das war einmal das Forum in Deutschland, bei dem diskutiert wurde. Kein Sachverständiger hat zum Ende dieses Forums gesagt: So wie es ist, soll es bleiben. – Man braucht neue Wege, und die wollen wir gehen. Anregungen greifen wir gerne auf.

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz haben wir ebenfalls noch mal fünf regionale Medienprojekte mit auf den Weg gebracht. Das Projekt RuhrReporter will jungen Menschen, die Journalistinnen und Journalisten werden, ein neues crossmediales Einstiegsangebot machen. Wir haben eine Jugendredaktion Ruhr, und wir haben ein Mentorenprogramm für mehr Diversität im Lokaljournalismus, wo sich junge Kolleginnen und Kollegen mit Zuwanderungsgeschichte im Bereich der lokalen Berichterstattung wiederfinden können. All das ist über die Ruhr-Konferenz angeregt worden. Insofern bitte ich um Zustimmung zum Medienhaushalt 2020.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Da keine weiteren Wortmeldungen angemeldet wurden und vorliegen, kann ich zum Teilbereich d) Medien die Aussprache an dieser Stelle schließen. Wir sind damit auch am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8002, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Deshalb würde ich gerne die Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung durchführen. Wer also dem Einzelplan 02 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen im Haus? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung angenommen.**

Bevor ich den Einzelplan 07 aufrufe, müssen wir noch einmal zum Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zurückkommen. Sie erinnern sich, dass wir in der Mittagszeit die Abstimmung dazu

verabredungsgemäß ausgesetzt haben. Diese können wir jetzt aber durchführen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8005, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Auch hier stimmen wir über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer also diesem Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Vorsichtshalber frage ich auch hier nach Enthaltungen. – Die gibt es nicht. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung ebenfalls angenommen.**

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8007

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Maelzer hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Dr. Stamp, das ist mittlerweile der vierte Haushalt, den Sie als Minister verantworten. Vier Haushalte, da müsste man eine eigene Handschrift erkennen können. Daher bin ich gespannt, ob die Redner der regierungstragenden Fraktionen gleich wieder in erster Linie Rückschau betreiben werden.

Mit diesem Haushalt stellen Sie die Weichen für ein Kinderbildungsgesetz, das Ihren Vorstellungen entspricht.

(Unruhe – Glocke)

Leider entspricht es nicht den Vorstellungen der Betroffenen. Wir werden morgen ja ausreichend Gelegenheit haben, uns über das KiBiz auseinanderzusetzen.

Die häufigste Kritik ist jedoch, dass damit zu viel Status quo verbunden ist. Das zeigt sich auch mit diesem Haushalt. Dem Ministerium war es nicht möglich, zu erklären, woraus sich die Finanzentwicklung im KiBiz-Deckungskreis ergibt. Sind es zusätzliche

Plätze? Ist es die gesetzlich vorgeschriebene Dynamisierung? Sind es unterschiedliche Betreuungszeiten oder gar unterschiedliche Träger? Zitat:

„Diese Veränderungen bedingen und potenzieren sich gegenseitig. Dadurch entsteht eine Vielzahl von ‚Zinseszinsseffekten‘.“

Also da, wo die Betroffenen mehr Qualität gesucht haben, liefern Sie ihnen Zinseffekte. Da geht es den Kitas genauso wie den kleinen Sparern: Diese Zinseffekte sind einfach nicht der Rede wert.

(Beifall von der SPD)

Worüber wir allerdings sprechen sollten: In Ihrem Haushalt muss noch so viel gekürzt werden wie noch nie in Ihrer Amtszeit. 2020 beträgt die globale Minderausgabe mehr als 80 Millionen Euro. Das ist die höchste globale Minderausgabe aller Ressorts, und sie ist fast viermal so hoch wie zuvor.

Wo wird dieses Geld dann abgezwickelt? Bei den Kitas, bei der Jugendarbeit oder bei den Hilfen für Familien? – Niemand kann es zum heutigen Tag sagen.

Was wir sagen können: 80 Millionen Euro sind beileibe kein Pappenstiel. Kann dieser Haushalt daher ausreichende Antworten auf die großen Zukunftsherausforderungen, auf die weiter steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen und den immer größer werdenden Bedarf an Fachkräften, liefern? – Nein, das kann er nicht.

Es ist richtig, dass die Landesregierung Investitionsmittel für den Ausbau an Kitaplätzen zur Verfügung stellt. Denn bislang ist ausnahmslos jeder Platz, der in dieser Legislaturperiode hinzugekommen ist, mit den Mitteln aus der Regierungszeit von Hannelore Kraft gefördert worden. Keiner dieser Plätze beruhte auf Anstrengungen von Schwarz-Gelb, sondern auf Bundes- und Landesmitteln, für die sich die Vorgängerregierung ins Zeug gelegt hatte.

(Beifall von der SPD)

Dabei konnte es nicht bleiben. Aber es war doch wieder die SPD, die das an dieser Stelle vehement einfordern musste. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, haben noch versucht, dieses Thema kleinzureden.

Aber ist denn jetzt dieses Problem gelöst? – Nein, denn inzwischen werden viele neue Kitas über sogenannte Investorenmodelle errichtet. Ein Bauträger baut die Kita, die Refinanzierung erfolgt über Mietpauschalen. Es wird aber immer schwerer, überhaupt Bauträger zu finden, denn die Mietpauschalen sind viel zu niedrig. Aber werden Sie deswegen angepasst? – Nein, kein Millimeter Bewegung bei Ihnen an dieser Stelle.

Genau das verhindert den Ausbau vor Ort, und damit lassen Sie, Herr Minister, Träger und Kommunen im Stich. Vor allen Dingen lassen Sie aber Familien im

Regen stehen, die für Ihre Kinder dringend einen Betreuungsplatz suchen.

Das gilt insbesondere für den kreisangehörigen Raum. Dort sind die Mietpauschalen noch einmal niedriger als in Großstädten. Aber war es nicht immer Anspruch der CDU, den ländlichen Raum im Blick zu behalten? – An Ihrer realen Politik sehen wir: Das ist nichts als Folklore. Mit der CDU guckt der ländliche Raum in die Röhre.

(Beifall von der SPD)

Wie sieht es beim Fachkräftemangel aus? – Auch hier sind die Fortschritte überschaubar. Jetzt sollen Ausbildungsplätze insbesondere im Bereich der praxisintegrierten Ausbildung unterstützt werden, finanziert aus Mitteln des Gute-KiTa-Gesetzes von Franziska Giffey. – Gut so!

Das hätten Sie aber schon im vergangenen Jahr haben können. Da hat die SPD Fördermittel für Ausbildungsplätze beantragt, und Sie haben das abgelehnt; denn dann hätten Sie ja Landesgeld in die Hand nehmen müssen. Hier auf Bundesgeld zu warten, ist natürlich viel bequemer. Aber es hat uns auch wertvolle Zeit gekostet. Wir hätten bereits einen kompletten PiA-Jahrgang fördern können, wenn Sie sich damals keinen schlanken Fuß gemacht hätten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt steckt viel Status quo, aber wenig Zukunft.

Als wäre das nicht schon deprimierend genug, empfiehlt uns die äußerst rechte Seite dieses Parlamentes sogar, die Uhren zurückzudrehen und auf Vergangenheit zu stellen.

Die AfD will demokratischen Jugendorganisationen die Mittel streichen. Warum? – Weil Sie es nicht ertragen können, dass ich Jugendverbände offen gegen Faschismus und Rechtsextremismus positionieren.

(Beifall von der SPD)

Diesen Einsatz wollen Sie als mangelnde politische Neutralität diskreditieren. Abgesehen haben Sie es auf die DGB-Jugend, auf die Falken, auf die Deutsche Jugend in Europa, auf den Arbeiter-Samariter-Bund, auf das Jugendwerk der AWO, aber auch auf die Jugend des Beamtenbundes, die Naturfreunde und den BUND und selbst auf die katholische Jugend.

(Marc Herter [SPD]: Bekannte Verfassungsfeinde!)

Ich habe mich gefragt, warum eigentlich die evangelische Jugendorganisation nicht auf Ihrer Streichliste steht. Ich kann Ihnen sagen: Die sind in ihren Positionen genauso klar wie die anderen.

(Beifall von der SPD)

Solche Anträge sind natürlich kein Wunder, wenn Ihr neuer Landesvorsitzender im WDR bekundet, dass er sich gegenüber der Identitären Bewegung locker machen möchte.

Außerhalb des Landtages mit Rechtsextremen kuscheln und im Landtag demokratische Jugendorganisationen angreifen – ich finde das schwer erträglich. Deshalb bin ich froh, dass es in diesem Haus einen großen Konsens der Demokraten gibt und dass solche Ansinnen keine Chance haben.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war mal wieder bemerkenswert von dem Kollegen Dr. Maelzer: Er rügt uns, wenn wir mal auf sieben Jahre vertane Zeit zwischen 2010 und 2017 hinweisen, spricht aber selbst nur von der glorreichen Vergangenheit der SPD. Das zeigt, aus welchem Holz die Politik der SPD geschnitzt ist.

Wir machen es anders. Wir betreiben eine offensive Familienförderung von Anfang an, denn Familien geben Halt und machen Mut. Das ist der Grund, warum wir eine offensive Förderung der Familien, unserer Kinder und unserer Jugend vorantreiben.

Das bildet sich natürlich auch in den finanziellen, politischen Schwerpunkten, die wir in Verbindung mit dem Haushalt diskutieren – hier konkret für das Jahr 2020 im Bereich „Familie, Kinder, Jugend“ –, ab.

Die folgenden Punkte möchte ich Ihnen gerne im Zusammenhang exemplarisch vorstellen.

Erstens. Wir machen das, worauf viele Paare in Nordrhein-Westfalen seit Jahren gewartet haben, und fördern Kinderwunschbehandlungen. Mit dem Haushalt 2020 erfolgt eine Aufstockung dieses Ansatzes um 1,8 Millionen Euro auf 5,5 Millionen Euro. Damit unterstützen wir noch mehr Paare mit unerfülltem Kinderwunsch.

Zweitens. Wir stellen Mittel für den Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen im Arbeitsumfeld und für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit zur Verfügung. Damit setzen wir unsere Politik der Wertschätzung und des Schutzes für LSBTI* fort.

Im Haushaltsjahr 2020 stehen für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit 160.000 Euro bereit. Für uns gilt, dass in Nordrhein-Westfalen jeder so leben und lieben soll, wie er möchte. Dieser Geisteshaltung verleihen wir auch durch unser umfassendes Engagement im LSBTI*-Bereich Ausdruck.

Drittens: Wir setzen den Kampf gegen sexualisierte Gewalt auch im Lichte der jüngsten Ereignisse entschieden fort. Der neue Ansatz bei Titel 684 31 in Höhe von 4,8 Millionen Euro sowie die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 Euro dienen der Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und zur Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

Mit diesem Geld wird im Jahr 2020 unter anderem mit dem Aufbau einer Landesfachstelle begonnen. Damit sorgen wir flächendeckend für eine fachliche Qualitätsentwicklung im Bereich der Prävention, der Intervention und der Nachsorge für von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche. Das ist ein ganz wichtiger und richtiger Schritt im Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

Viertens. Der Kinder- und Jugendförderplan, Titelgruppe 61, wird erneut mit mehr Geld ausgestattet. Aufgrund der Dynamisierung steigt der Ansatz für den Kinder- und Jugendförderplan um 2,8 Millionen auf nunmehr 125,3 Millionen Euro.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hatten wir den Kinder- und Jugendförderplan um 11 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro erhöht. Die nachhaltige Dynamisierung ist Ausdruck des Bekenntnisses von CDU und FDP zur Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Mein ganz herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich täglich im ganzen Land dieser wichtigen Arbeit für unsere Familien und mit unseren Kindern widmen.

Fünftens – last but not least –: Das neue Kinderbildungsgesetz kommt. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 investieren wir – und damit meine ich Bund, Land und Kommunen – jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Das bildet sich klar und deutlich in höheren Mitteln in den Haushaltspositionen mit KiBiz-Bezug ab, und zwar ganz konkret durch deutlich höhere Kindpauschalen, mehr Mittel für Familienzentren, mehr Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung, angehobene Zuschüsse für die Kindertagespflege, mehr Geld für Fortbildungen und Qualifizierungen, Mittel für flexiblere Öffnungszeiten, für die Kitaplatzausbau-garantie und für ein weiteres, elternbeitragsfreies Kitajahr.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin an dieser Stelle gerne Bundesfamilienministerin Giffey, die, wie ich finde, unsere Reform mit den folgenden Worten sehr gut auf den Punkt gebracht hat:

„Nordrhein-Westfalen hat sich für ein starkes Maßnahmenpaket entschieden, das die Qualität der Betreuung verbessert und zugleich die Beitragsfreiheit ausweitet. Das bedeutet eine enorme

Entlastung für Familien und garantiert mehr als einer halben Million Kindern beste Bildung von Anfang an.“

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie gut, dass es Franziska Giffey gibt!)

– Gut, dass sie hier in Nordrhein-Westfalen die wahren Verhältnisse und den guten Entwurf, den wir auf den Tisch gelegt haben, erkennt.

(Marc Herter [SPD]: Hä?)

Lassen Sie mich zusammenfassen: CDU und FDP stehen für eine offensive Förderung der Familien, der Kinder und der Jugendlichen in unserem Land.

Erstens. Wir stärken die Förderung von Kinderwunschbehandlungen.

Zweitens. Wir stellen Mittel für die Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit bereit.

Drittens. Wir fördern massiv den Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

Viertens. Wir sorgen für eine weitere finanzielle Stärkung des Kinder- und Jugendförderplans und damit der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Fünftens. Wir geben mit dem neuen Kinderbildungsgesetz ab dem Kindergartenjahr 2021 jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Koalitionspartner FDP, bei unserem Familienminister Herrn Dr. Joachim Stamp und bei Herrn Staatssekretär Andreas Bothe für die sehr gute, vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Bereich „Familie, Kinder, Jugend“ trägt eine klar christlich-liberale Handschrift. Er steht für eine offensive Förderung der Familien sowie der Kinder und Jugendlichen in unserem Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die UN-Kinderrechtskonvention feiert in diesem Jahr ihren dreißigsten Geburtstag. Die große Party sozusagen ist erst wenige Tage her. Was gäbe es für ein schöneres Geschenk für die Kinderrechte, als diese auch endlich

im Grundgesetz zu verankern? – Ich muss ganz ehrlich sagen, der jetzt vorgelegte Entwurf der Bundesjustizministerin enttäuscht mich.

Was wir brauchen, um Kinderrechte auch wirklich wirkungsvoll in diesem Land durchzusetzen, ist eine klare Stärkung der Beteiligungsrechte, und es ist eine klare Aussage dazu, dass das Kindeswohl im Zentrum politischen Handelns stehen muss.

Klar ist aus meiner Sicht – ich hoffe, diese Ansicht teilen wir –, dass Kinderrechte nicht relativierbar sind. Das muss sich auch endlich im Grundgesetz widerspiegeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

In 54 Artikeln werden Rechte der Kinder normiert, und es wird noch einmal klargestellt, dass Kinder eben keine kleinen Erwachsenen sind.

Kinder genießen – das ist unsere politische Herausforderung, unsere politische Verantwortung – besondere Schutzrechte. Sie genießen besondere Förderrechte und Beteiligungsrechte.

Zum einen ist nach wie vor zu konstatieren, dass diese Rechte – auch den Kindern im Übrigen – zu wenig bekannt sind.

Zum anderen werden sie auch zu wenig umgesetzt und auch im politischen Raum nach wie vor zu wenig berücksichtigt. Zumal bei politischen Themen, die ganz klar ihre Anliegen sind, müssen wir Beteiligungsverfahren finden, Kinder tatsächlich mit an den Tisch zu holen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine der größten Herausforderungen in diesem Land ist die Kinderarmut. Wenn in Nordrhein-Westfalen jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht ist, ist das eine Schande für unser Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Armut hat Konsequenzen, und diese Konsequenzen verfestigen sich unter Umständen für die gesamte Lebensverlaufsperspektive.

Sie hat Auswirkungen auf Bildung. Wir alle wissen, dass dieses Land nach wie vor ein Land der bildungspolitischen und damit auch der sozialen Spaltung ist. In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg eines Kindes nach wie vor so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Auch das ist eine bildungspolitische Schande.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kinderarmut und Armut allgemein schließen von Teilhabe aus. Auch das ist eine große Herausforderung, für die wir mehr Anstrengungen machen müssen.

Kinder haben natürlich unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund ein Recht auf Teilhabe, und nicht zuletzt macht Kinderarmut krank. Das können und das dürfen wir uns nicht weiter leisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dementsprechend müssen wir die Anstrengungen in diesem Bereich verstärken.

Um noch einmal einen weiteren Blick auf die Bundesebene zu werfen: Eine Kindergrundsicherung ist ein probates Mittel und längst überfällig, denn Kinder haben eigene Bedarfe. Sie haben nicht zuletzt nach der UN-Kinderrechtskonvention auch ein Recht auf eine eigene soziale Absicherung, denn sie sind eben keine kleinen Erwachsenen, und man kann ihre Bedarfe nicht einfach kleinrechnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber auch das Land ist gefordert. Bei der wirkungsvollen Verzahnung von Bildung und Gesundheit im Sozialbereich kommt es auf eine konkrete und zielgerichtete Förderung an.

Wir brauchen keine Förderung mit der Gießkanne, sondern wir müssen genauer hinschauen: Wo muss die Förderung eigentlich hin? Wir brauchen eine höhere Sozialraumorientierung.

Wir müssen auch noch mehr die Gruppen in den Blick nehmen, deren Armutsrisiko besonders hoch ist. Nicht zuletzt als Frauenpolitikerin kann ich an der Stelle noch sagen: Alleinerziehend in diesem Land zu sein, ist nach wie vor das größte Armutsrisiko. Es muss uns doch die größte politische Herausforderung sein, daran auch endlich etwas zu ändern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Minister Stamp bezeichnet den Einzelplan als „Chancenhaushalt“ der Landesregierung. Man muss in der Tat konstatieren: Nach der aktuellen Haushaltslage hätten auch eine Menge Chancen in diesem Haushalt gelegen.

Allein das wichtigste und zentralste Vorhaben der Landesregierung in diesem Bereich, nämlich die KiBiz-Reform, hat die entscheidende Chance vertan, nämlich endlich die Kitafinanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Wenn man wohlwollend sein will, kann man noch sagen, dass mit diesem Entwurf tatsächlich der Status quo gesichert wird. So weit ist das auch das Ergebnis der Anhörung.

Aber bei dem Rest, den Sie hier so vollmundig versprochen haben, bleibt es doch dabei: Das ist das Prinzip Hoffnung. Oben wird Geld hineingekippt in der vagen Hoffnung, dass unten möglicherweise auch Qualität herauskommt.

Was ist der Grund dafür? – Diesem Gesetz fehlen die Leitplanken zu einer tatsächlichen Qualitätsentwicklung. Vor allem fehlte dem Minister und dieser Landesregierung auch der Mut zu einer grundlegenden Reform, denn alle Expertinnen und Experten sind sich einig: KiBiz ist gescheitert, KiBiz ist Mumpitz, und wir brauchen endlich eine nachhaltige Finanzierung. Dafür haben Sie in diesem „Chancenhaushalt“ leider die Chance vertan, Herr Minister.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch in anderen Bereichen kann man die Frage der Sachkosten, die durch die Freie Wohlfahrtspflege aufgerufen ist, nicht einfach ignorieren. Man kann doch nicht einfach sagen: Nö, die Berechnungsgrundlage passt uns an der Stelle nicht. Wir glauben, dass das alles nicht so ist.

Herr Minister, damit machen Sie sich einen sehr schlanken Fuß. Ich bin der Auffassung, dass Ihnen das unter Umständen auch noch auf selbigen fallen wird, denn es bleibt mit diesem Haushaltsentwurf und auch mit der KiBiz-Reform, die wir morgen noch intensiver diskutieren werden, leider zu befürchten, dass diese Überbrückungsfinanzierung, die wir jetzt jahrelang in der Kitafinanzierung erlebt haben, weiterhin ein fester Bestandteil der Kitafinanzierung in Nordrhein-Westfalen bleibt.

Um noch einmal auf die Frage der Berücksichtigung von Kindern und ihrer Interessen zurückzukommen: Leider spielten beim Erarbeitungsprozess des neuen KiBiz offensichtlich weder die Kinder noch das pädagogische Fachpersonal die erste Geige, denn es beschleicht einen doch der Eindruck, dass dieses Gesetz ein reines Finanzierungsgesetz ist.

Ob das jetzt auskömmlich ist, wird die Zukunft zeigen, aber es sind berechtigte Zweifel angebracht. Aber was dieses Gesetz nicht hat, ist doch ein wirklicher Gestaltungsanspruch, und leider bietet es auch nicht die dringend notwendige Planungssicherheit.

Sie haben es gerade angesprochen, Herr Kollege Kamieth: Eines der zentralen Vorhaben der Landesregierung ist es, Familienpolitik von Grund auf zu denken und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Blick zu nehmen.

Da will ich Ihnen aber auch sehr deutlich sagen, dass die Vereinbarkeitsfrage keine Einbahnstraße ist. Mich beschleicht immer wieder der Eindruck, dass Ihre Antworten auf die Frage von Vereinbarkeit sind, die Strukturen für Familien so zu bauen, dass nach Möglichkeit die Familie die Vereinbarkeitsleistungen herstellen muss, aber die Wirtschaft bloß nicht damit behelligt wird. Das ist der falsche Weg. Nicht Familien müssen sich anpassen, sondern die Wirtschaft muss endlich familienfreundlicher werden.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren, Kinder und Jugendliche haben auch nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung, und hier – ich habe es gerade schon angedeutet – ist noch erheblich Luft nach oben.

Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache, aber allzu oft sind sie auch einsame Ruferinnen im Wald, weil ihnen die politische Ebene nämlich irgendwie nicht so richtig zuhören möchte. Kinderrechte ernst zu nehmen, würde auch bedeuten, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen. Dafür brauchen wir neue Formate der Beteiligung auf allen Ebenen.

Auf der kommunalen Ebene beispielsweise wäre darüber nachzudenken, ob man die Beteiligungsrechte nicht auch noch einmal stärkt, indem man sie in der Gemeindeordnung festschreibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch auf der Landesebene wäre es endlich Zeit für eine Absenkung des Wahlalters. Da wundert man sich doch ganz gewaltig, warum diese Landesregierung mit diesem Landesminister, der bekanntermaßen von der FDP ist, überhaupt gar keinen Schwung in die ganze Sache bringt, denn auf Antrag der Jungen Liberalen ist es ja längst Beschlusslage der Partei, dass das Wahlalter abgesenkt werden sollte.

Wenn ich so daran denke, dass der Landesminister auch der Anwalt der Kinder- und Jugendrechte innerhalb der Landesregierung sein sollte, würde ich persönlich mir etwas mehr Engagement für tatsächliche Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen wünschen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir sind uns einig – das haben wir auch schon beim letzten Haushalt durchaus lobend hervorgehoben –, dass mit dem Haushaltsansatz für den Kinder- und Jugendförderplan ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden ist. Im Landtagswahlkampf haben alle Parteien gesagt: Wir werden Geld obendrauf packen. – Das haben Sie auch so eingelöst. Damit ist auch die Szene durchaus zufrieden.

Dann wäre es doch jetzt an der Zeit – wenn wir uns nicht mehr über die Finanzen streiten müssen, was wir jahrelang getan haben –, wirklich über die Inhalte ernsthafter und darüber zu diskutieren, wie wir Jugendarbeit in diesem Land und die Verbände, die Kinder und Jugendlichen noch weiter stärken können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer Bereich, bei dem wir einen großen Konsens haben – Kollege Kamieth hat auch schon darauf hingewiesen –, ist der Bereich LSBTI. Ich bin sehr froh, dass es eine große politische und auch haushalterische Kontinuität in diesem Bereich gibt. Ich bin auch sehr

froh, dass wir in der letzten Woche endlich den gemeinsamen Antrag zu Inter beschließen konnten.

Eine Sache beim lobenswerten Landesprogramm zur Unterstützung von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch hätte ich allerdings noch auf der Wunschliste für diese Landesregierung. Rheinland-Pfalz macht es vor: Dort ist das Landesprogramm auch auf lesbische Paare ausgeweitet worden.

Ich meine, es würde dieser Landesregierung gut zu Gesicht stehen, auch hier mit gutem Beispiel voranzugehen, auch diese Gruppe mit in die Landesförderung aufzunehmen und damit noch einmal ein ganz klares Signal zu setzen: Wir unterstützen alle Familienformen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch kurz ein paar Worte darüber verlieren, was es mit den Schutzrechten innerhalb der Kinderrechte auf sich hat. Wir alle sind von den schrecklichen Missbrauchsfällen erschüttert und stehen in diesem Bereich auch klar zusammen. Das hat nichts mit parteipolitischer Couleur zu tun.

Wir haben im letzten Plenum auch gemeinsam eine Kinderschutzkommission eingesetzt, was aus meiner Sicht ein sehr wichtiges Signal für einen starken Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen ist. Auch die Haushaltsmittel in Höhe von 4,8 Millionen Euro sind nur zu begrüßen.

Wir brauchen mehr Anstrengungen. Wir brauchen aber auch verbindliche Anstrengungen. Wir müssen die Schnittstellen überwinden, an denen es oftmals zu Problemen kommt. Wir müssen die Netzwerke stärken. Möglicherweise müssen wir auch ein eigenes Landespräventionsgesetz auf den Weg bringen, um den Kinderschutz wirklich auf verbindliche Füße zu stellen. Darauf hoffe ich, dass wir auch das gemeinsam hier im Plenum besprechen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Brockmeier das Wort. Bitte sehr.

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Regierungsübernahme legen wir unseren Schwerpunkt auf die Bildungschancen für jedes einzelne Kind in Nordrhein-Westfalen.

Wir wollen Kindern in unserem Land die besten Chancen bieten, um sich zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status.

Wir legen dabei unseren Fokus nicht nur auf die Grundschule und die weiterführenden Schulen, sondern wir denken das ganzheitlich, also fangen schon bei den Kitas an und gehen auch weiter über die offene Jugendarbeit, also betrachten alle Lebenslagen der jungen Menschen – anders als Herr Maelzer beispielsweise, der sich vorhin nur mit den Kitas beschäftigt hat.

Dieser Haushalt bietet so viel mehr Lebensvielfalt; das haben Sie einfach gar nicht berücksichtigt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Auch der Debatte folgen und nicht nur das Redemanskript ablesen!)

Dass wir das Ganze ganzheitlich betrachten, macht sich auch in diesem Haushalt bemerkbar.

Beim Posten für den Kinder- und Jugendförderplan sieht man, dass es uns nicht um Einmaleffekte oder schöne Schlagzeilen, sondern um nachhaltige und verlässliche Politik geht – sei es, indem wir entbürokratisieren und so pragmatisch dafür sorgen, dass sich die Fachkräfte mit den Jugendlichen auseinandersetzen können, anstatt ihre Zeit am Schreibtisch vor Formularen zu verbringen, sei es, indem wir für die langersehnte Planungssicherheit sorgen, indem wir die Mittel zunächst mit einem Schlag – Jens Kamieth hat es gerade schon erwähnt – um 11 Millionen Euro erhöht haben und dann – was so wichtig ist – dynamisiert, also dafür gesorgt haben, dass die Mittel jetzt jährlich entsprechend der Kostenentwicklung ansteigen.

Bleiben wir bei dieser Dynamisierung der Fördermittel: Wenn man sich konkret die Zahlen anschaut, stellt man den Unterschied zur rot-grünen Politik fest; im Vergleich: Sie haben bis 2017, also bis zum Ende Ihrer Regierungszeit, lediglich ein Volumen von 109 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben das Volumen durch den neuen Kinder- und Jugendförderplan stetig erhöht und eben dynamisiert, so dass wir jetzt mit diesem Haushalt bei 125 Millionen Euro angekommen sind.

Dieses Beispiel macht sehr schön deutlich, dass es einen Unterschied macht, ob man verlässliche und auch eine planbare Politik macht, auf die sich die Kräfte vor Ort einstellen können, denn dann wird ihnen ganz konkret geholfen.

Sie hingegen – das hat man in den letzten Debatten in den Ausschüssen auch mitbekommen – machen entweder gar nichts – das haben wir auch in Ihrer Regierungszeit mitbekommen –, oder Sie machen Vorschläge, die wirklich lächerlich sind wie beispielsweise Ihre Änderungsanträge zur KiBiz-Novelle, denn da ist Finanzierbarkeit Fehlanzeige. Diese Art der Politik ist aber inzwischen leider typisch für die Sozialdemokratie geworden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal auf den Wortbeitrag von Herrn Dr. Maelzer zu sprechen kommen. Ich möchte Ihnen als Familienpolitiker aus Sicht eines jungen Menschen entgegenen, weil mich Ihre Forderungen in den letzten Monaten wirklich auch sauer machen.

Es ist wirklich nicht im Sinne der jungen Menschen und der zukünftigen Generationen, dass der Staat Geld ausschüttet, das ihm nicht zur Verfügung steht, mit dem Füllhorn auskippt und hier einfach Wünsche in den Raum gestellt werden, die man sich vielleicht im Paradies erfüllen könnte, aber als Staat nicht finanzieren kann.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

– Lieber Herr Müller, dazu gehören nämlich zwei Sachen. Auf der einen Seite gehört dazu, dass wir beste Bildungsvoraussetzungen, beste Rahmenbedingungen schaffen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das geht doch bei Ihnen nur im Paradies!)

Das machen wir auch mit der KiBiz-Reform. Andererseits dürfen wir die zukünftigen Generationen aber nicht mit unverhältnismäßigen Schulden belasten.

(Beifall von der FDP)

Wenn die Sozialdemokratie die schwarze Null hier jetzt infrage stellt, mag das vielleicht an der neuen Klientel der SPD liegen, ist aber nicht im Sinne der jungen Menschen, denn es hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun – im Gegenteil.

Es ist sogar verfassungswidrig. Das hat Ihnen in der Vergangenheit der Gerichtshof ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Brockmeier, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Jörg möchten Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Wolfgang Jörg (SPD): Vielen Dank, Herr Brockmeier. Um die Nachhaltigkeitsdebatte und die Perspektive junger Menschen noch mal zu beleuchten: Wie erklären Sie sich, dass die FDP Motor für eine Steuersenkung von Hoteliers war, die kreditfinanziert war? Wie erklären Sie das? Die FDP auf Bundesebene hat sich dafür sehr starkgemacht, dass die Hoteliers nur noch die Hälfte an Steuern bezahlen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das Ganze wurde kreditfinanziert. Nordrhein-Westfalen zahlt dafür 400 Millionen Euro jährlich. Wie stehen Sie dazu?

Alexander Brockmeier^{*)} (FDP): Es ist schon ganz spannend, dass die SPD gerade das hier vorbringt, denn als gefordert wurde, dass die Steuer abgesenkt wird, haben aus jeder Partei und Fraktion bestimmte Teile genau das gefordert. Da gab es auch Sozialdemokraten, die genau das gefordert haben. Deswegen ist es schon ein schiefes Beispiel, das Sie hier vorbringen. Ich glaube, dass wir uns gerade von Ihnen auf Bundesebene nichts in Sachen Finanzpolitik erklären lassen müssen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Gucken wir uns doch einmal das an, was die Bundesfamilienministerin sagt. Das passt auch gut zu dem Haushalt, den wir gerade hier betrachten. Ob es das Gute-KiTa-Gesetz ist, das nicht ausfinanziert ist, bei dem bis 2022 die Mittel zur Verfügung gestellt werden und dann gilt: Mal schauen, wie das finanziert wird. Das wird schon irgendjemand bezahlen.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Oder schauen wir uns den OGS-Rechtsanspruch an. Da werden 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, investiv einmal bis 2021. Ab 2025 soll es einen Rechtsanspruch geben.

Die KMK hat sich mit dem Bundesministerium darauf verständigt, dass das ca. 12 Milliarden Euro kosten wird. Der Bund stellt 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Es ist überhaupt nicht geklärt, wie es ab 2025 mit den Betriebskosten weitergehen soll. Das hat nichts mit solider Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall von der FDP)

Da versucht die SPD, Schlagzeilen und schöne Titel zu gewinnen auf Kosten anderer, nämlich auf Kosten der Länder, aber vor allem auf Kosten der Kommunen. Das ist wirklich nicht solide. Deswegen glaube ich, dass die Frage von Ihrer Seite aus nicht berechtigt ist.

Kommen wir noch einmal zu dem Lob. Wir haben vorhin auch von Herrn Maelzer gehört, dass Frau Giffey jetzt vorangeht, dass das jetzt alles so toll wäre, was vom Bund kommt. – Ja, es ist unbestritten, dass wir die KiBiz-Reform hier anstrengen, auch mit den Bundesmitteln. Frau Giffey sagt auch, dass wir die Mittel sehr gut einsetzen.

Ich wiederhole es noch einmal: Wenn es die SPD und auch Herr Scholz nicht schaffen, dass das Ganze auf Bundesebene ausfinanziert und entfristet wird, ist es eher ein kontraproduktives Gesetz. Es sorgt nämlich nicht dafür, dass wir beste Chancen

bekommen, sondern es sorgt für immer mehr Probleme. Sie müssen solide Haushaltspolitik auf Bundesebene betreiben.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Starker Tobak für eine Partei, die im Bund nicht mitregieren wollte!)

Das gilt übrigens auch für den OGS-Rechtsanspruch, der über das SGB VIII geregelt werden soll.

Deswegen kann man am Ende sagen, dass man gut sieht, dass wir hier auf Qualität setzen, auf nachhaltige und verlässliche Politik und keine Wolkenkuckucksheime aufbauen, sondern ganz konkret Schritt für Schritt die Dinge angehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich diesem Weg anschließen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockmeier. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Dworeck-Danielowski das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidenten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Dr. Stamp! Der Haushaltsentwurf für den Bereich Familie, Kinder und Jugend bildet Ihre familienpolitische Agenda sehr deutlich ab.

Während der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion sich die Verteilung der Mittel mit den Worten „christlich-liberal“ schönredet, freuen sich FDP und Grüne zu Recht über die Kontinuität im Haushalt zur Vorgängerregierung.

Familienpolitik à la Stamp erstreckt sich über die Finanzierung von Abtreibungen, Zuschüsse für künstliche Befruchtung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Unterhaltsvorschusszahlungen und ein Herz für die queere Community. Das ist der traurige Zeitgeist, dem Sie anscheinend gerecht werden müssen oder auch gerecht werden wollen.

Was wir kläglich vermissen, ist ein Zusammenspiel von Ideen und Leistungen, die Eltern und Familien tatsächlich entlasten und stärken. Wir vermissen den Willen, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft, als das zuverlässigste soziale Netz, wie Sie es selbst in Ihrem Koalitionsvertrag beschreiben, besonders zu fördern.

Die Familie steht unter besonderem Schutz der staatlichen Ordnung; so steht es in Artikel 6 des Grundgesetzes. Sie genießt diesen besonderen Status aus gutem Grund. Das Leben im Familienverbund ist auch heute noch die beste Daseinsvorsorge.

Familie ist da, wo Kinder sind. Wir wünschen uns eine ermutigende Familienpolitik, eine Politik, die die jungen Menschen da draußen in Nordrhein-Westfalen spüren lässt: Kinder sind etwas Wunderbares. Wenn ihr euch für Kinder entscheidet, genießt ihr diesen besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, bei denen sich Schwangere tatsächlich in guter Hoffnung sehen. Die Realität sieht anders aus: Jedes Jahr sehen über 20.000 werdende Mütter keine Perspektive für sich und ihr Kind.

Das Erschreckendste ist: Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt nicht nur die hohen Kosten der unzähligen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, nein, es bezahlt jeden einzelnen Schwangerschaftsabbruch, der in Nordrhein-Westfalen vorgenommen wird, zumindest rein statistisch.

Und warum? – Weil die werdenden Mütter in prekären finanziellen Verhältnissen leben. Vermutlich trägt die finanzielle Not auch zur gesamten Konfliktsituation bei. Die bisherigen Leistungen und Angebote greifen nicht. Die Anzahl der Frauen, die sich in ihrer Lebenssituation nicht zutrauen, sich für das Kind zu entscheiden, ist gleichbleibend hoch.

Während die einen ungewollt schwanger sind, bleiben zahlreiche Paare ungewollt kinderlos. Die neue Bezuschussung der Kinderwunschbehandlung ist so etwas wie Ihr persönliches Leuchtturmprojekt. In der Tat wurde es Zeit, dass diese Regelung eingeführt wurde.

Aber auch hier bildet sich Ihre Konzeptlosigkeit ab: Der Zuschuss zu einer Kinderwunschbehandlung kann beantragt werden, wenn die Diagnose „Unfruchtbarkeit“ gestellt wurde. „Unfruchtbar“ gilt man nach dieser Definition, wenn Versuche, schwanger zu werden, mindestens zwei Jahre lang erfolglos blieben.

Die Paare haben bei Antragstellung schon ihren ganz persönlichen Leidensweg hinter sich. Deshalb ist es gut, dass an dieser Schwelle zur möglichen Erfüllung des sehnlichsten Wunsches, nämlich endlich ein Kind zu bekommen, finanzielle Entlastung möglich ist – mehr allerdings auch nicht.

Die Kinderwunschbehandlung ist kein Garant für das lang ersehnte Kind. Die Bezuschussung der Kinderwunschbehandlung kann also nur eine Seite der Medaille sein.

Wir vermissen Aufklärung über das Risiko ungewollter Kinderlosigkeit, wenn man die Familienplanung auf später vertagt.

Wir vermissen auch ein Maßnahmenpaket, das es insbesondere jüngeren Paaren leichter macht, sich für die Elternschaft zu entscheiden, also bevor man seine sprichwörtlichen Schäfchen im Trockenen hat.

Was macht das Elternsein leichter? Je nach Lebenssituation spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute die größte Rolle. Für viele ist das zwingend, weil ein Einkommen nicht ausreicht, um die Familie über Wasser zu halten.

Ja, es gibt zahlreiche gut qualifizierte Frauen und Männer, die ihren Job gerne machen und nicht zurückstecken möchten. Aber es gibt noch viel mehr Menschen, die in durchschnittlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und die sich liebend gerne Zeit für ihre kleinen Kinder nehmen würden.

Sie haben mit Ihrer sogenannten KiBiz-Reform die Möglichkeit verschenkt, an dieser Stelle nachzubessern. Wer heute in Sachen Kinderbetreuung Unterstützung vom Staat erhofft, geht leer aus – es sei denn, er wählt Kita oder Tagesmutter.

Mit der herkömmlichen Familie haben Sie es anscheinend ohnehin nicht so. Selbst die familienpolitische Sprecherin der Grünen zeigte sich in der Haushaltsberatung im Ausschuss regelrecht überrascht, wie sehr Ihnen die Interessen der LSBTIQ-Community am Herzen liegen.

Erwähnt sei hier auch die sogenannte „Allianz für Vielfalt“, ein Projekt, das in Zeiten des Fachkräftemangels kleinen und mittleren Unternehmen Diversitätsmanagement näherbringen soll. Egal mit welchem Unternehmer wir ins Gespräch kommen, ob Freiberufler, ob Einzelhändler, ob Gastronomiebetrieb, überall sucht man händeringend nach gutem Personal. Die Frage nach der sexuellen Orientierung der Bewerber war selten so irrelevant wie heute. Dass Ihnen als ehemalige Liberale bzw. als sogenannte Freie Demokraten in dieser Gemengelage nichts Besseres einfällt, als Mittelständler mit Diversitätsmanagement zu beglücken, erstaunt uns in der Tat.

Natürlich gibt es immer noch Diskriminierung, Beleidigung, Spott und Ausgrenzung. Selbst in Köln – ohne Zweifel eine der offensten Städte für die Szene – hat sich die Stimmung auf der Straße deutlich verändert.

Von den letzten sieben Aufnahmegesprächen, die ich in Köln für meine Partei geführt habe, waren fünf mit homosexuellen Männern. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis zunehmend unangenehmer Erfahrungen in der Straßenbahn und in der Innenstadt mit Migrant*innen, die für eine offene schwul-lesbische Lebensweise nichts außer Verachtung übrig haben.

Während unsere Gesellschaft immer offener und toleranter wird, strömen zahlreiche junge Männer aus Kulturkreisen zu uns, die zutiefst homophob sind. Der Verein Rosa Strippe hat diese Problematik in einem Fachgespräch im letzten Jahr selber eingebracht: Was tun, wenn Flüchtlinge aufgrund ihrer Homosexualität Schutz suchen und in der Unterkunft

auf ihre Landsleute treffen, vor denen sie vorher quasi geflüchtet sind?

Dass die Mitbewohner in ihrer Unterkunft natürlich nicht nur für ihn, sondern für jeden Homosexuellen im Land ein Problem darstellen können, ist immer noch ein Tabu. Vor allem vor dieser Problematik halten wir die Prävention von Gewalt für absolut notwendig. Darüber hinaus ist die Entfaltungsmöglichkeit der eigenen sexuellen Orientierung in unserer Gesellschaft mittlerweile erfreulicherweise vorbildlich.

Weniger vorbildlich sieht es beim Kinderschutz aus. Die erschütternden Ereignisse des letzten Jahres haben die Schwächsten unserer Gesellschaft in den Fokus gerückt. Auch hier im Landtag haben wir darauf reagiert. Erst vor zwei Wochen haben wir hier im Parlament eine Kinderschutzkommission beschlossen.

Kinder brauchen unseren Schutz. Wir müssen alles dafür tun, dass Gewalt gegen Kinder, sexueller Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, aber auch ihre Vernachlässigung und Missachtung deutlich weniger werden. Wenn die Situation so miserabel ist, dass die öffentliche Hand schützend intervenieren muss, dann muss sichergestellt sein, dass das Personal gut qualifiziert und vor allen Dingen nicht überlastet ist.

Die Zahl der Inobhutnahmen steigt kontinuierlich an. Die Qualität der Jugendämter in Nordrhein-Westfalen gerät immer häufiger ins Visier.

Die Landesregierung will NRW zum Land der Chancen machen, so wie Sie es kürzlich auch im Ausschuss gesagt haben. Indiz dafür soll wohl der Twitter-Kanal unter selbigem Namen sein. Ihr Haushalt ist aus unserer Sicht kein ausreichender Beitrag dazu. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp³⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung will Nordrhein-Westfalen zum Land der Chancen machen. Dabei stellen wir die Familien, Kinder und Jugendlichen in unserem Land in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir investieren in meinem Ressort im Bildungsbereich so viel wie noch nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Für mich ist daher der Haushaltsentwurf 2020 für den Einzelplan 07 der Chancenhaushalt der Landesregierung; Kollegin Paul hat es eben schon vorweggenommen.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen sollen Kinder von klein auf bestmögliche Chancen und individuelle Förderung erhalten, und zwar unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern. Wir setzen deshalb im Haushalt 2020 einen klaren Schwerpunkt auf die frühe Bildung. Mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes, mit der wir morgen in die zweite Lesung gehen, wollen wir die Qualität der Kindertagesbetreuung in unserem Land deutlich verbessern.

Ich bin davon überzeugt, dass diese KiBiz-Reform eine Erfolgsgeschichte für unser Land wird – mit fast 1 Milliarde Euro mehr für die Betreuungsqualität und für ein weiteres Jahr Elternbeitragsfreiheit. Ich möchte an dieser Stelle allen ganz herzlich danken, die mitgeholfen haben, dass wir eine solche große Reform zusammenbinden und auf den Weg bringen konnten.

Wir wollen damit die Bedingungen der Kindertagesbetreuung zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und natürlich auch die Arbeitsplatzsituation der Erzieherinnen und Erzieher, die in diesem Land eine hervorragende und herausragende Arbeit leisten, deutlich verbessern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich kurz die wichtigsten Punkte dieses Reformpakets nennen:

Wir wollen, dass die Kindertagesbetreuung auskömmlich finanziert ist. Das ist ein ganz zentraler Schritt. Dafür stellen Kommunen und Land ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 je zur Hälfte jährlich insgesamt rund 750 Millionen Euro zusätzlich bereit.

Eine enorm wichtige Weichenstellung für die Zukunft ist dabei auch, dass die Kindpauschalen erstmals nach einem Index – gemäß der realen Kostenentwicklung – dynamisiert werden. Die jährliche Anpassung erfolgt entsprechend den tatsächlichen Tarifierhöhungen und Kostenentwicklungen.

Außerdem sorgen wir dafür, dass für die gesamte Qualität in den Einrichtungen wichtige Leitungszeit erstmals gesetzlich verankert und finanziell abgesichert wird.

Wichtig ist uns auch, mit zusätzlichen Mitteln mehr Flexibilität in der Kindertagesbetreuung zu ermöglichen. Dafür werden im Haushalt 2020 rund 20 Millionen Euro veranschlagt. Die Kommunen erhöhen diesen Beitrag um 25 %. Sie entscheiden, wie die Flexibilität vor Ort ausgestaltet wird. So können gezielt dort Angebote unterbreitet werden, wo die Betreuungsbedarfe über die vorhandenen Regelangebote hinausgehen.

Rund 30 % der U3-Plätze in Nordrhein-Westfalen sind Plätze in der Kindertagespflege. Unter anderem durch die erstmalige finanzielle Absicherung von Vor- und Nachbereitungszeiten und durch Fortbildungsstunden für alle Kindertagespflegepersonen

wird die Kindertagespflege flächendeckend professionalisiert und weiterentwickelt.

Familien mit Kleinkindern in Nordrhein-Westfalen werden ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 durch ein weiteres elternbeitragsfreies Jahr zielgenau und spürbar entlastet. Der Einnahmeausfall der Kommunen in Höhe von gut 200 Millionen Euro pro Jahr wird ihnen vollumfänglich erstattet.

Insgesamt stehen in Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2020 mehr als 3,8 Milliarden Euro Landesmittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2020 fließen dabei rund 250 Millionen Euro über das sogenannte Gute-KiTa-Gesetz des Bundes nach Nordrhein-Westfalen.

Auch der Ausbau der Plätze muss weitergehen. Dafür werden wir sorgen. Wir geben eine Platzausbaugarantie. Jeder notwendige zusätzliche Betreuungsplatz für einen bedarfsgerechten Ausbau vor Ort wird bewilligt und investiv gefördert. Dafür stehen jährlich mindestens 115 Millionen Euro zur Verfügung. Und weil ich gestern noch einmal gefragt worden bin, ob das tatsächlich eine Zusage ohne Deckel ist, sage ich: Ja, es ist eine Zusage ohne Deckel. Es ist eine Platzausbaugarantie. Wenn mehr Gelder benötigt werden, dann werden auch noch mehr Gelder dafür zur Verfügung gestellt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre wird der steigende Fachkräftebedarf sein. Wir wollen die beteiligten Partner noch in diesem Jahr dazu einladen, über die bisher bereits umgesetzten Schritte hinaus Maßnahmen zu erörtern und anzustoßen, die den Personalbedarf in den Kindertageseinrichtungen kurz-, mittel- und langfristig sichern. Zu den Gesprächen wurde schon eingeladen, sie sind auf Fachebene angelaufen. Ich bin guter Dinge, dass wir hier ein erfolgreiches Konzept vorlegen werden.

Meine Damen und Herren, der Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt ist eine elementare gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die abscheulichen Verbrechen von Lügde und Bergisch Gladbach führen uns brutal vor Augen, welche Herausforderungen vor uns liegen.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in diesem Bereich bedanken. Das ist kein Thema für Parteipolitik. Ich freue mich, dass das in unserem Ausschuss bisher von allen so gehandhabt wurde. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden dieses Thema in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit aller Kraft angehen. Dafür brauchen wir umgehend insbesondere Präventionsmaßnahmen. Wie Sie wissen, habe ich dazu ein Impulspapier vorgelegt. Als erste konkrete Maßnahme meines

Hauses bereiten wir die Einrichtung einer Landesfachstelle vor, die in diesem Haushalt bereits etabliert ist.

Meine Damen und Herren, in der ersten Hälfte der Legislaturperiode haben wir im Bereich Familie, Kinder und Jugend schon viel erreicht. So haben wir etwa, wie wir es versprochen hatten, den Kinder- und Jugendförderplan finanziell abgesichert, die Mittel dynamisiert und dauerhaft Planungssicherheit geschaffen.

Wir haben aber auch noch viel vor. Es ist noch vieles in der Planung und Umsetzung.

So wollen wir in der Familienpolitik die Selbstbestimmung beim individuellen Kinderwunsch weiter stärken. Wir haben den Zugang zur Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtert und ab dem 30. August die Förderung ermöglicht. Es sind noch keine drei Monate vergangen, und es wurden bereits über 1.000 Anträge gestellt. Das bestätigt eine hohe Nachfrage in diesem Bereich. Mit dem Haushalt 2020 können wir die Mittel erfreulicherweise auf 5,55 Millionen Euro erhöhen.

Der Unterhaltsvorschuss leistet einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Unterstützung Alleinerziehender, der Gruppe von Familien, die am häufigsten, wie wir wissen, von Armut bedroht ist. Mit der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 1. Juli 2017 ist der Kreis der Berechtigten erheblich erweitert worden. Die Landesregierung bringt hierfür ganz erhebliche Mittel auf.

Seit Juli 2019 ist außerdem der Rückgriff bei den Unterhaltsschuldnern für Neufälle beim Landesamt für Finanzen zentralisiert. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Schritt künftig alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Unterhaltsansprüche von Kindern tatsächlich durchzusetzen.

Das Thema „LSBTIQ“, das wissen Sie, liegt mir sehr am Herzen. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass wir es geschafft haben, neuen Schwung in dieses Politikfeld zu bringen, nicht einfach nur fortzuschreiben, wie vorhin gesagt wurde. Um nur einige Punkte zu nennen:

Wir haben die Landesmittel für die geforderten Dachverbände, die Koordinierungs- sowie Beratungsstellen auf Rekordniveau angehoben.

Wir haben uns für die Aufarbeitung der Geschichte antihomosexueller Gesetzgebung eingesetzt und die Wanderausstellung „Im Namen des Volkes!? § 175 StGB im Wandel der Zeit“ gefordert. Ich glaube, dass das ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag ist.

Wir haben verschiedene Möglichkeiten, verschiedene Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung von Menschen aus der LSBTIQ-Community vorgenommen und vor allem die Unterstützung Geflüchteter,

die dieser Gruppe angehören, initiiert, die häufig vor ganz besonderen Herausforderungen stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Außerdem wird derzeit der neue Aktionsplan „Impulse 2020 für queeres Leben in Nordrhein-Westfalen“ erstellt.

Wir haben ein sehr vielfältiges Ministerium mit sehr unterschiedlichen Facetten. Aber unsere Politik ist von dem Geist geprägt, dass wir individuelle Chancen schaffen wollen, um die Wege in unserer Gesellschaft selbstbestimmt gehen zu können. Das ist ein wichtiger Auftrag. Wir versuchen, ihn zu erfüllen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller das Wort. Bitte sehr.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Brockmeier, kurz zu Ihren Ausführungen: Heute ausbleibende Investitionen sind nichts anderes als Schulden der Zukunft. Das wäre doch mal ein spannender Diskurs zum Thema „Generationengerechtigkeit“, den wir vielleicht im Ausschuss weiterführen können.

(Beifall von der SPD)

Meine restliche Redezeit möchte ich auf das Thema „LSBTIQ“ verwenden. Noch immer werden Lesben, Schwule, Trans*, Inter* und queere Menschen Opfer von physischer und psychischer Gewalt, sie werden ausgegrenzt und diskriminiert. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, sich dem entgegenzustellen und für Schutz, Sichtbarkeit, Akzeptanz und vollständige Gleichstellung zu sorgen.

Ich bin sehr froh, dass es unter den Demokratinnen und Demokraten hier in diesem Haus einen Konsens über genau diese Frage gibt. Herr Minister Stamp, dafür will ich Ihnen ausdrücklich danken und Ihnen unsere Unterstützung anbieten.

(Beifall von der SPD)

Diese Kontinuität ist wichtig, aber sie allein reicht nicht aus. Es braucht auch neue Impulse über das Erreichte hinaus. Diesbezüglich bin ich mir nicht ganz sicher, ob alle in diesem Kabinett mit dem gleichen Engagement unterwegs sind, mit dem Sie unterwegs sind. Es reicht eben nicht, die Verantwortung an einen liberalen Minister zu delegieren; denn Queerpolitik ist immer auch Querschnittspolitik.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen.

Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb steht etwas vom Diversity Management der Landesverwaltung, das auch Trans*- und Inter*Menschen in den Blick nehmen soll. – Wie soll das aussehen? Davon hat Ministerin Scharrenbach auch heute noch keine konkrete Vorstellung. Die bisherigen Antworten lassen einen fast glauben, dass die Ministerin ganz überrascht war, dass sie überhaupt dafür zuständig ist.

Wie sieht es mit der Unterstützung der CSD in unserem Land aus? Sind sie nicht im besten Sinne Heimat? Ganz offensichtlich setzt die Landesregierung da aber andere Prioritäten. Oder welche besonderen Akzente setzt Ministerin Pfeiffer-Poensgen in der queeren Kultur? Ich kenne keine.

(Vereinzelt von Beifall von der SPD)

Schauen wir auf die Aktivitäten von Minister Laumann in den Themenfeldern „Gesundheit“ und „Pflege“. Die offene Seniorenarbeit ist nicht ausreichend auf die mindestens 230.000 Lesben und Schwulen vorbereitet, die 65 Jahre und älter sind. Und es werden noch mehr. Das sind eine Menge Herausforderungen.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt ansprechen. Es geht um den geschmacklosen Karnevalswitz der CDU-Bundesvorsitzenden. Dass sich Staatssekretärin Güler aus dem Ministerium, das den Schutz vor gesellschaftlicher Diskriminierung und Ausgrenzung zur Aufgabe hat, zu ihrer Verteidigerin aufschwang, offenbarte nicht nur Wissenslücken, sondern war schlicht unangemessen, unsensibel und respektlos. – Es ist sehr bedauerlich, dass sich weder der Ministerpräsident noch Sie, Herr Minister Stamp, davon klar distanzieren haben.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße
[GRÜNE])

Herr Minister Stamp, Sie haben es eben erwähnt: Seit 2012 gibt es den NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Dieser nimmt alle Ressorts gleichermaßen in die Pflicht. Dieser Geist ist derzeit aber nicht in allen Ressorts zu spüren.

Hört man sich in der Community ein wenig um, ist der anfänglichen Erleichterung in gewissem Maße Ernüchterung gewichen. Ja, diese Regierung setzt auf Kontinuität und dreht das Rad nicht zurück. Ja, es gibt mehr Geld. Dafür gibt es aber kaum neue Impulse. Es wird viel verwaltet und wenig gestaltet.

Derzeit arbeiten Sie, wie Sie gesagt haben, an der Fortschreibung dieses Aktionsplans. Nutzen Sie die Chance für einen mutigen und konkreten Aufschlag. Da geht mehr, und wir erwarten mehr. Dann haben Sie uns auch an Ihrer Seite. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war ein bemerkenswerter Auftritt der Opposition. Ich habe selten so wenige Ideen vorgefunden, wie heute von Ihnen vorgetragen wurden. Sie hatten keine eigenen Aspekte – keine eigenen Ambitionen in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik von SPD und Grünen. Das können wir heute so festhalten. Das ist auch eine Botschaft an die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Gleichzeitig will ich aber sagen, dass wir neben dem KiBiz – die Debatte werden wir morgen noch führen – weitere Schwerpunkte setzen.

Besonders hervorheben möchte ich das Thema „Kinderwunschbehandlung“, das Sie während Ihrer Regierungszeit so abgetan haben, als ob es gar keine Relevanz hätte und man ordnungspolitisch auf die Kassen warten müsste. Der Minister hat es gesagt: Mittlerweile geben wir hierfür 5,5 Millionen Euro aus und beteiligen uns endlich an dem Bundesprogramm.

Die ehemalige Familienministerin sitzt hier. Damals hätte ich es gut gefunden, wenn die SPD und die Grünen den Mut gehabt hätten, voranzugehen und zu sagen: Die Menschen, die nicht in der Lage sind, die finanziellen Mittel für eine Kinderwunschbehandlung aufzubringen, wollen wir unterstützen, diesen Schritt zu gehen. – Ich bin froh, dass die Koalition aus CDU und FDP diese Kraft hatte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage der Abgeordnetenkollegin Paul.

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Da Sie eben erwähnten, unsererseits seien keine Ideen formuliert worden: Ich habe eine sehr konkrete

Idee formuliert, und zwar die Frage nach der gemeinsamen Initiative, das Wahlalter abzusenken. Gibt es dazu jetzt – schließlich entspricht das der Beschlusslage der FDP – eine gemeinsame Initiative? Denn wir haben die Ambition, das gemeinsam machen zu wollen, noch einmal formuliert.

Marcel Hafke (FDP): Frau Kollegin, Sie sitzen schon seit einigen Tagen in diesem Haus und wissen, dass wir SPD und Grünen zum Ende der letzten Legislaturperiode ein Angebot unterbreitet haben, das Wahlalter in einem einfachgesetzlichen Verfahren auf 16 Jahre abzusenken. Das haben Sie damals abgelehnt.

Wir hätten heute die Chance, im Parlament zu bestimmen, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, wenn SPD und Grüne ein Stück weit aus ihrem kleinen Kokon herausgekrabbelt wären und ernsthaft probiert hätten, etwas für die Jugendpolitik in diesem Land zu machen. Diesen Mut hatten Sie damals nicht.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD] – Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt, wo Sie regieren, machen Sie nichts! Das halten wir fest!)

Das ist auch einer der Gründe, warum Sie da sitzen, wo Sie sitzen. Das ist so. Damals hätten wir die Chance gehabt, es aus der Verfassung zu streichen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Doch, Frau Beer. Diesen Mut hatten Sie damals nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist doch ein Witz!)

Diesen Vorschlag hat Ihnen damals Christian Lindner unterbreitet.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir wollten das gemeinsam auf den Weg bringen. Aber das war die typische Mutlosigkeit, mit der Sie das Land regiert haben.

(Beifall von der FDP – Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

– Das ist bemerkenswert. Jahrelang haben Sie nichts hinbekommen, dann bietet man Ihnen an, etwas zu machen, und jetzt regen Sie sich darüber auf. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Wir sind der Auffassung, dass die Frage beantwortet ist. Deswegen lassen wir jetzt die Redezeit wieder laufen.

Marcel Hafke (FDP): Sehr gerne. – Ich möchte nun darauf eingehen – ich erachte es als zentral, was wir

in Nordrhein-Westfalen machen; es ist gut, wenn die Menschen draußen das erfahren –, dass wir zusätzlich 1,3 Millionen Euro in das Thema „Schwangerschaftsberatung“ investieren, insgesamt 46 Millionen Euro, so viel wie noch nie zuvor.

Abschließend möchte ich auf ein Thema eingehen, das mir sehr am Herzen liegt und das uns alle hier im Haus umtreibt. Ich möchte die Chance zu einem Appell nutzen. Es geht um das Thema „Kinderschutz“.

Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen investieren erstmals 4,8 Millionen Euro in eine Landesfachstelle „Kinderschutz“. Das ist wichtig und richtig. Im Jahr 2020 haben wir alle als Demokraten eine gemeinsame Verantwortung, ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, den Kinderschutz voranzubringen.

Hier müssen wir über das Thema „Prävention“ sprechen. Welche Rahmenbedingungen können und müssen wir vor Ort verändern, damit verschiedene Menschen wahrnehmen, dass Kindern Gewalt zugefügt wurde? Was können wir dort machen? Können wir im Bereich Ausbildung stärker hierfür sensibilisieren, in der Erzieherinnenausbildung, im Studium, in der Sozialarbeit? Können wir entsprechende Fortbildungen anbieten? Was müssen wir dort machen?

Wir werden aber auch nicht darum herumkommen, über die Strukturen und die Verantwortlichkeiten der Jugendämter zu diskutieren. Jeder, der zurzeit im entsprechenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuss unterwegs ist, hat die entsprechenden Informationen bekommen. Dort sind große Hürden zu nehmen.

Wir sprechen hier nicht nur über sexuellen Missbrauch, sondern grundsätzlich über Gewalt an Kindern. Ich glaube, dass wir als Parlamentarier gut beraten sind, uns im nächsten Jahr die Zeit zu nehmen, um zu ernsthaften Veränderungen zu kommen.

Ich selber als Familienvater kann nur schwer ertragen, was den Kindern passiert ist, und meine, dass es zwingend nötig ist, eine ernsthafte Debatte darüber zu führen, ob die Gesetze und die Regelungen, die wir haben, ausreichen oder ob wir andere Maßnahmen auf den Weg bringen müssen.

Daher appelliere ich an alle, dass wir hier – das hat auch der Minister gesagt – gemeinschaftlich vorangehen, dass wir nicht nur darüber reden, sondern gemeinsam den Mut haben, über Grenzen hinwegzugehen, damit sich tatsächlich etwas ändert.

Es war mir wichtig, Ihnen das für das neue Jahr, in dem wir hoffentlich gute Maßnahmen für das Kinderbildungsgesetz auf den Weg bringen und ganz große Aufgaben vor uns haben, mitzugeben. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zur Aussprache über den Teilbereich a) des Einzelplans 07 nicht vor.

Wir kommen zum Teilbereich

b) Flüchtlinge und Integration

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Im August hat die Landesregierung die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 vorgestellt. All diejenigen, die zwei Jahre auf das Papier des Ministers gewartet haben, wurden mit allgemeinen Grundsätzen abgespeist. Es gibt ein paar Ziele, um die sich Minister Stamp kümmern will. Einige davon will ich kurz nennen:

Die Landesregierung will die interkulturelle Öffnung der Verwaltung fördern. Das sagt der Minister, der die anonymisierte Bewerbung abgeschafft und noch immer kein neues Konzept dafür vorgelegt hat.

Die Landesregierung will mehr Einbürgerungen und investiert 2020 70.000 Euro in eine Kampagne. Wer sich mit Kampagnen auskennt, der weiß, dass das für Nordrhein-Westfalen deutlich zu wenig ist. Das führt dazu, dass diese Kampagne mehr Knäppchen ist, dass sie nicht präsent ist.

Die Landesregierung will sich um die Belange von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte kümmern. Das nennt der Minister als Ziel in seiner Integrationsstrategie 2030. Es war eine Initiative der SPD-Landtagsfraktion. Das haben wir – Sie werden sich erinnern – im September gemeinsam verabschiedet. Wir freuen uns, dass die Landesregierung diesem wichtigen Thema Bedeutung zumisst, denn es ist ein sehr wichtiges Thema.

Die Landesregierung will darüber hinaus für die Integration von Neuzugewanderten das Case-Management einführen. Das hört sich gut an, ist aber die Fortsetzung des Projekts „Einwanderung gestalten“, das durch die damalige rot-grüne Landesregierung auf den Weg gebracht wurde.

Diese Beispiele zeigen sehr deutlich, dass der Minister, der noch im Sommer kritisierte, dass die rot-grüne Landesregierung in der Integrationspolitik nichts getan habe, keine eigenen, keine neuen Ideen hat, sondern gute Ansätze aufgreift und fortführt oder auch umbenennt. Das ist völlig in Ordnung. Damit habe ich kein Problem. Gute Sachen sollte man fortführen. Man muss das Rad nicht neu erfinden.

Zweieinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags ist aber klar, dass das Ziel, die Schulpflicht auf 25 Jahre auszuweiten und Geflüchteten die Chance zu geben, einen Bildungsabschluss zu machen, erledigt ist. Minister Stamp war ein großer Verfechter dieser Idee. Die wurde aufgegeben. Ob es an der mangelnden Stärke des Integrationsministers liegt oder ob sich die Landesregierung jetzt an die Initiative „Gemeinsam klappt's“ klammert, sei dahingestellt.

Kolleginnen und Kollegen, diese enttäuschende Halbzeitbilanz wird noch verschlimmert, wenn wir einen Blick darauf werfen, was die Landesregierung tut. Die Kommunen bleiben weiterhin auf den Kosten für die Geduldeten sitzen. Lediglich für drei Monate werden die Kosten übernommen. Das ist aus unserer Sicht – aber nicht nur aus unserer Sicht, wir sind mit dieser Meinung nicht alleine – deutlich zu wenig. Ich zitiere aus einer Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes von heute:

„Das Land Nordrhein-Westfalen muss den Städten und Gemeinden die Kosten der Versorgung von Geflüchteten endlich in vollem Umfang erstatten. ... kritisierte ... Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider heute in Anwesenheit von Minister Dr. Joachim Stamp ... Zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brachten gegenüber dem Minister ihren Unmut zum Ausdruck. ... Das Land finanziert nur die ersten drei Monate, danach lässt es die Kommunen im Regen stehen ...“

Dazu muss man sicherlich nichts mehr sagen. Das haben wir schon sehr häufig im Ausschuss, aber auch hier angesprochen.

Die Kommunen, die besonders von den Herausforderungen aufgrund der Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind, warten ebenfalls auf mehr Unterstützung durch das Land. Die Kommunen in unserem Land fordern, dass die Integrationspauschale, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, an die Städte und Gemeinden, die im Kern die Integrationsarbeit leisten, weitergegeben wird.

Verantwortlich dafür ist ein Minister, der mit der KiBiz-Reform – wir haben es gerade gehört – überfordert ist und die Integrationspolitik vernachlässigt. Eigene Ideen sind nicht da. Statt diese zu entwickeln, werden die Kommunen alleingelassen.

Ich erinnere daran: Letztens im Integrationsausschuss wurde von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sehr deutlich hervorgehoben, dass sie starke Partner der Kommunen seien.

Ich glaube, die Zitate von vorhin machen sehr deutlich, dass es nicht so ist. Ich will auch noch einmal aus dieser Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes zitieren:

Bisher haben wir es in NRW nur mit folgenlosen Gutachten und einem Dreistufenplan zu tun, der nicht zündet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, unsere Änderungsanträge für den Haushalt zur Weiterleitung der Integrationspauschale und zur Kostenerstattung für die Geduldeten liegen vor. Wenn Sie mit Ihren Ratsmitgliedern und Bürgermeistern sprechen, wissen Sie hoffentlich, dass die Kommunen die finanzielle Unterstützung dringend benötigen. Lassen Sie die Kommunen nicht länger im Stich, sondern werden Sie zu wirklichen Partnern.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir einen weiteren Haushaltsantrag gestellt haben. Wir wollen, dass die Antidiskriminierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen gestärkt und ausgebaut wird. Wir sind davon überzeugt, dass es strukturelle Veränderungen mit einer landesweiten Koordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung braucht.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Den guten Absichten der Landesregierung müssen jetzt konkrete Maßnahmen folgen. Der Beitrag der Koalition gegen Diskriminierung ist zwar ein erster Schritt. Er ist aber nur symbolisch. Da muss mehr passieren.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Zum Schluss noch ein Satz zu den Anträgen der AfD-Fraktion: Ihre Anträge zeugen durchweg von der Absicht, die gelebte Vielfalt in unserem Land zu zerstören. Sie wollen Feindbilder aufbauen und den Migrantinnen und Migranten ihre Chancen nehmen, die sie brauchen. Wir als SPD-Landtagsfraktion haben dazu eine sehr klare Haltung: Das lassen wir nicht zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Yetim. – Jetzt spricht Frau Wermer für die CDU-Fraktion.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! „Verbindlichkeit“ und „Verlässlichkeit“ sind die Schlüsselbegriffe, für die die NRW-Koalition seit dem Regierungswechsel in der Integrationspolitik steht. Wir wissen, dass es mehr denn je auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ankommt. Wir halten die Waage zwischen Weltoffenheit, Humanität, Unterstützung bei Integration sowie Asyl und konsequentem Handeln bei Rückführungen sowie Abschiebungen in sichere Herkunftsstaaten. Das ist die Verlässlichkeit, die seit zweieinhalb Jahren eine klare Linie unserer Politik ist.

Seit 2017 haben CDU und FDP die Mittel für den Integrationsbereich kontinuierlich ausgeweitet. Es ist ein klarer Erfolg, dass wir den Integrationshaushalt für 2020 nun fast verdoppelt haben. Um weitere 50 Millionen Euro wurde der Einzelplan 07 für die Bereiche Integration und Flüchtlinge gestärkt. Unser Landeshaushalt zeigt, dass er auch in den Politikfeldern Asyl, Flüchtlinge und Integration in sich konsistent und solide aufgestellt ist.

Schon 2018 konnten wir 100 Millionen Euro weiterleiten. In diesem Jahr konnten wir die vollständige Weiterleitung der Bundesmittel der Integrationspauschale an die NRW-Kommunen gewährleisten. Über 432 Millionen Euro sind direkt in die Städte, Gemeinden und Kreise geflossen.

(Beifall von der CDU – Berivan Aymaz [GRÜNE]: Was ist denn in diesem Jahr mit den 151 Millionen Euro?)

Das war ein zentrales Versprechen. Dafür werden wir von unseren Partnern vor Ort auch wertgeschätzt. Allerdings zahlt der Bund diese Bundesmittel ab 2020 nicht mehr aus.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Genau. An dieser Stelle möchte ich nämlich auch mit den Falschaussagen vor allen Dingen der SPD aufräumen, wir würden Wortbruch begehen und die Integrationspauschale des Bundes nicht an die Kommunen weiterleiten.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Diese Behauptung ist komplett falsch.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo steht das denn im Haushalt?)

Denn Fakt ist nun einmal: Diese Mittel des Bundes gibt es ab 2020 nicht mehr.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! 151 Millionen Euro!)

Mittel für die Kommunen, die es vom Bund nicht gibt, können vom Land auch nicht an die Kommunen weitergeleitet werden. Vielleicht sollten Sie an dieser Stelle auch einmal ein bisschen Ehrlichkeit zeigen und sich das eingestehen.

(Beifall von der CDU – Berivan Aymaz [GRÜNE]: 151 Millionen Euro! – Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE]: Das gibt es doch gar nicht! Wie können Sie so einen Schwachsinn erzählen?)

Wir von der CDU und von der FDP sind kommunalpolitisch verortet. Wir sind eine Kommunalpartei. Wir sind Partner der Kommunen.

(Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie führen doch die Leute an der Nase herum! Das kann doch nicht wahr sein! – Glocke)

Wie wir zu einer auskömmlichen Lösung für die Kommunen gelangen,

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

hat der Minister schon mehrmals im Integrationsausschuss angesprochen. Er bzw. die Landesregierung ist derzeit bezüglich des FlüAG im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Wir von der NRW-Koalition werden diese Arbeit weiter begleiten.

Aber nicht nur finanziell wollen wir verlässliche Arbeit leisten. Wir wollen auch durch unser Handeln die Kommunen entlasten, damit sie sich verstärkt auf Integrationsleistungen konzentrieren können. Der Asyl-Stufenplan, die 3+2-Regelung bezüglich der Arbeitsmarktintegration Geduldeter und der Bleiberechtserlass können für sich stehen. Durch diese Hebel konnte und kann die kommunale Familie spürbar entlastet werden. Und: Wir haben die Menschen im Blick.

Daneben gehen wir neue Wege bei der Unterstützung der Kommunen.

Denn erstmalig stellen wir 25 Millionen Euro für die Stärkung des kommunalen Integrationsmanagements bereit. Diese Mittel werden in den nächsten Jahren sogar noch ausgeweitet. Das ist entscheidend für die Weiterentwicklung von Strukturen in einer Kommune und die Zusammenarbeit der beteiligten Ämter und Behörden. So schaffen wir effizientere Wege.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zuletzt möchte ich hervorheben, dass wir die integrationspolitische Infrastruktur, nämlich die Integrationsagenturen, die kommunalen Integrationszentren und vieles mehr, weiter in den Mittelpunkt des Einzelplans gerückt haben.

Weitere 21 Millionen Euro und damit insgesamt 74 Millionen Euro stehen im kommenden Jahr zur Verfügung, um die wichtigen Initiativen zu stärken. Das ist ein klares Bekenntnis zur integrationspolitischen Infrastruktur

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

und ein Zeichen unserer Wertschätzung der Arbeit der vielen Engagierten in unserem Land.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf zeichnet sich im Integrationsbereich durch eine große finanzielle Kontinuität und Stabilität aus.

(Rainer Schmeltzer [SPD] spricht mit anderen Abgeordneten.)

– Sie können nachher noch genug am Redepult reden.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Er gewährleistet darüber hinaus finanzielle Auskömmlichkeit und Unterstützung unserer kommunalen Partner für die wichtigen Projekte und Maßnahmen des Landes. Das ist wichtig und entscheidend für die Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Wermer. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Kurzintervention angemeldet. Frau Düker wird diese Kurzintervention vortragen. Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön. – Frau Wermer, Sie haben eben gesagt, dass die alte Integrationspauschale mit der neuen gar nichts zu tun hat. Legen wir doch einmal die beiden Gesetzentwürfe des Bundes nebeneinander.

In dem Gesetzentwurf zur alten Integrationspauschale heißt es in der Gesetzesbegründung von 2016 – ich zitiere –:

„Im Zuge der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration vom 7. Juli 2016 hat der Bund zugesagt, den Ländern für die Jahre 2016 bis 2018 zu ihrer Entlastung eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von 2 Milliarden Euro durch eine Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung zu stellen.“

Das war der alte Gesetzentwurf. – Achtung! Jetzt kommt der Gesetzentwurf zur neuen Integrationspauschale. Ich zitiere aus dem neuen Gesetzentwurf:

„Die Regierungen des Bundes und der Länder haben sich am 6. Juni 2019 auf die Weiterführung der Bundesbeteiligung an flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Gemeinden verständigt. Nach dieser Vereinbarung sollen die Länder vom Bund durch entsprechende Anpassung des FAG über einen erhöhten Umsatzsteueranteil im Jahr 2020 eine Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke in Höhe von 700 Millionen Euro und im Jahr 2021 in Höhe von 500 Millionen Euro erhalten.“

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Und als Übersetzung zur Erläuterung der Einigung heißt es von der SPD-Bundestagsfraktion, die ja immerhin den Bundesfinanzminister stellt ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt ist die Zeit um, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Letzter Satz!

(Heike Wermer [CDU]: Die Zeit ist aber jetzt um, Frau Düker! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

... – ich zitiere aus einer Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion –:

„Die bisherige Integrationspauschale wird, unter anderem auf Grund sinkender Flüchtlingszahlen, auf pauschal 700 Millionen Euro ...“

– usw. –

„... festgesetzt.“

Das heißt, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Düker. Die Zeit ist um. – Frau Wermer wird darauf antworten.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Gegenruf von Marcel Hafke [FDP]: Parlamentarische Regeln gelten für alle!)

Monika Düker (GRÜNE): Wo sehen Sie hier den Unterschied?

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das Schöne an einer Kurzintervention ist: Man muss gar keine Frage stellen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach so! Das stimmt!)

– Nur zum Trost.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich dachte, ich müsste noch eine Frage stellen! Also, ich sehe da keinen Unterschied!)

Frau Wermer, Sie können jetzt antworten.

Heike Wermer (CDU): Vielen Dank. – Liebe Frau Düker, die Kurzintervention heißt „Kurzintervention“, weil sie vielleicht auch kurz sein sollte. Das haben Sie in Ihrem Beitrag leider nicht ganz geschafft.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Zur Sache! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber lassen Sie mich eines ausführen: Es ist schön, dass Sie die SPD-Bundestagsfraktion zitieren. Vielleicht sollten Sie aber auch die Ausführungen zum Gesetz weiter studieren. Denn darin steht ganz klar geschrieben, dass der Bund die Mittel zum Zwecke der Länder ausgibt

(Monika Düker [GRÜNE]: Und Kommunen!)

und eben nicht für die Kommunen. Das ist der große Unterschied.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was hat sie denn vorgelesen? – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Wir werden als NRW-Koalition natürlich daran arbeiten, die Kommunen auskömmlich auszustatten.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Das sagt die Landesregierung aber anders! – Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das gibt es doch gar nicht! – Unruhe – Glocke)

Aber bei der sogenannten Integrationspauschale spielen Sie ein falsches Spiel. Und das finde ich sehr unredlich für dieses Plenum. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Gucken Sie einmal in den Spiegel, ob das noch funktioniert! Das war billiger Populismus! – Gegenrufe von der CDU – Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Meinen Sie, wir sind bescheuert, oder wie? – Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollegen, können Sie sich etwas zusammenreißen, wenn ich das einmal so offen sagen darf? Ich höre das hier oben ja nur so, wie es hier ankommt. Aber man kann sich im Parlament nicht derart anschreien – vor allem, wenn man anderen den Vorwurf macht, dass sie ihre Dinge nicht immer so platzieren, wie man es sich wünscht. Ich bitte darum, dass wir hier gemeinsam den richtigen Ton gewährleisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und ich will deutlich sagen: Wenn hier jemand eine Kurzintervention gehalten hat und darauf geantwortet wird, hört man erst einmal zu, was geantwortet wird, und tätigt nicht schon wieder so laute Zwischenrufe, dass die Kollegin sich faktisch trotz Mikrofon nicht durchsetzen kann. Ich muss das in dieser Deutlichkeit sagen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Das hat wohl etwas mit dem Wahrheitsgehalt der Antwort zu tun!)

Es mag einem nicht passen, was geantwortet wird. Aber es gehört zu den Spielregeln des Hohen Hauses, dass hier jeder frei sprechen kann. So, wie die Kurzintervention abgegeben werden konnte, wird auch die Antwort entgegengenommen. Ich bitte darum, dass wir uns alle gemeinsam daran halten.

Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Aymaz. Bitte schön.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wer es mit der Integration ernst meint, muss genau dort ansetzen, wo die Integrationsarbeit stattfindet, und zwar – damit sind wir bei unserem Thema von vorhin – vor Ort in den Kommunen.

Genau diese Arbeit vor Ort in den Kommunen findet in diesem Haushalt nicht die entsprechende Würdigung. Das sieht man zum einen ganz klar an der noch immer ausstehenden Erhöhung der FlüAG-Pauschale.

Bereits vor inzwischen über einem Jahr ist gutachterlich festgestellt worden, dass die Kostenerstattung des Landes an die Kommunen für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten völlig unzureichend ist. Fast wöchentlich – auch ganz aktuell heute – schlagen die Kommunen Alarm und machen darauf aufmerksam, dass sie sich bei ihrer Aufgabe der Unterbringung und Integration von Neuzugewanderten vom Land im Stich gelassen fühlen.

In Köln werden nur knapp 30 % der Gesamtkosten durch das Land abgedeckt. Für Solingen, eine Stadt mit 160.000 Einwohnerinnen, bedeutet dies Kosten in Höhe von 6 Millionen Euro und für Essen sogar Kosten in Höhe von 27 Millionen Euro, die die Städte gänzlich aus ihren eigenen Haushalten aufbringen müssen.

Das ist nicht haltbar, Herr Minister Stamp. Wir haben Sie im Laufe dieses Jahres immer wieder mit Anträgen, Anfragen und nicht zuletzt einem Haushaltsänderungsantrag aufgefordert, die Kommunen, die bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten so wertvolle und wichtige Arbeit leisten, endlich auskömmlich zu finanzieren. Das heißt: Die Anhebung der FlüAG-Pauschale und die Übernahme der Kosten für Geduldete auch über drei Monate hinaus sind schon längst überfällig.

Während Sie sich immer noch dafür feiern lassen, dass Sie sich im letzten Jahr nach langem Hin und Her dazu durchgerungen haben, die Pauschale des Bundes an die Kommunen weiterzuleiten – auch die Kollegin Wermer hat das in ihrer Rede groß ausgeführt –, lassen Sie die Pauschale in diesem Jahr einfach mal so unter den Tisch fallen. Ihre Verweigerungshaltung begründen Sie damit, dass es keine Integrationspauschale mehr sei; sie heiße nicht mehr so, also müsse man sie auch nicht an die Kommunen weiterleiten.

Was für ein Unfug! Meine Kollegin Frau Düker hat sehr deutlich gemacht, dass diese Begründung nicht haltbar ist. Sie stimmt einfach nicht. Sie erzählen hier irgendetwas, was absolut nicht der Wahrheit entspricht. Und das wissen wir alle.

Die Bundesregierung spricht übrigens auf ihrer Website weiterhin von einer Integrationspauschale,

die den Ländern für die Unterstützung der Arbeit in den Kommunen zukommt.

Das ist also reiner Unfug. Damit kommen Sie nicht durch. Lediglich die Summe ist leider gekürzt worden. Für NRW bedeutet das 151 Millionen Euro, die weitergeleitet werden müssten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin gespannt und hoffe natürlich, dass das in der dritten Lesung noch korrigiert wird. Denn gerade in einer Zeit, in der Rechtspopulisten und Nationalisten ihre Hetze betreiben, muss mit aller Sorgfalt darauf geachtet werden, dass finanzielle Schieflagen in den Kommunen nicht zu einer sozialen Spaltung führen und nicht dazu beitragen, dass Rechte dies für Hass und Hetze vor Ort instrumentalisieren.

Abschließend möchte ich noch auf einen letzten Punkt eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Erst vergangene Woche haben wir das 30-jährige Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention gefeiert. Diese garantiert jedem Kind – das bedeutet: unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus – unter anderem das Recht auf Bildung und Zugang zur Schule.

Herr Minister Stamp, wir haben Sie immer wieder auf die Beschulungssituation von geflüchteten Kindern bzw. von Kindern geflüchteter Familien angesprochen. Daraufhin haben wir immer wieder die Antwort bekommen, Sie seien an der Sache dran.

Jetzt sehen wir plötzlich, dass Sie im Haushalt 5 Millionen Euro für sogenannte schulnahe Bildungsangebote in den zentralen Unterbringungseinrichtungen veranschlagt haben. Die Antworten auf die Fragen, wofür diese 5 Millionen Euro konkret verwendet werden sollen und wie diese sogenannten schulnahen Bildungsangebote tatsächlich aussehen sollen, bleiben Sie uns aber weiterhin schuldig.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um auf Folgendes hinzuweisen: Aus einem aktuellen Rechtsgutachten im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes geht hervor, dass in jedem Fall, also auch im Fall von Kindern geflüchteter Familien, die Beschulung an Regelschulen, also eine diskriminierungsfreie Beschulung, sicherzustellen ist.

Das ist Ihre Aufgabe, Herr Minister Stamp.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Hier haben Sie als Flüchtlings- und Integrationsminister und als Minister für Kinder wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Vor dem Hintergrund, dass für irgendwelche nicht ausgereiften Angebote einfach so 5 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen, sehe ich auch für das kommende Jahr schwarz.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Ich möchte darauf hinweisen, dass es unten im Landtag heute einen Stand von Amnesty International gibt. Vielleicht suchen Sie dort einmal das Gespräch. Denn auch Amnesty International fordert ganz klar eine diskriminierungsfreie Beschulung für Flüchtlingskinder. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Aymaz. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Haushalt setzt die NRW-Koalition aus FDP und CDU neue Akzente in der Integrationspolitik. Wie Sie gehört haben, erhöhen wir die Mittel allein in diesem Bereich um 50 Millionen Euro. Das entspricht einer Verdopplung des Etats in diesem Bereich.

Welche neuen Schwerpunkte setzen wir? Wir werden kommendes Jahr zum Beispiel flächendeckend ein kommunales Integrationsmanagement einführen. Allein dafür stellen wir zunächst 25 Millionen Euro zur Verfügung.

Wer gestern bei dem Werkstattgespräch von CDU und FDP dabei war, hat gesehen, dass wir genau dies mit Akteuren aus den kommunalen Integrationsstrukturen diskutiert haben. Dabei hätte man mitbekommen können, dass wir die Kommunen hier nicht im Stich lassen. Wir haben mit ihnen diskutiert, wie wir das Thema zusammen mit den Kommunen vorbringen und wie wir sie unterstützen können, zum Beispiel dabei, Perspektiven zu schaffen. Die 3+2-Regelung und der Bleiberechtserlass wurden bereits erwähnt. Wie können wir auf der einen Seite die Zahl der Geduldeten reduzieren und auf der anderen Seite Chancen und Perspektiven schaffen? Wie können wir die Kommunen bei Ausreise und Abschiebung unterstützen?

Hier habe ich fast die Vermutung, dass bei Ihnen eine etwas gestörte Wahrnehmung vorliegt. So wollte die Kollegin Aymaz gerade in ihrem Redebeitrag den Eindruck erwecken, wir würden die Kommunen im Stich lassen und nicht mitnehmen. Vielleicht hatte man dabei die eigene Regierungszeit im Hinterkopf und hat aus dieser Zeit berichtet. Das mag damals so gewesen sein. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich damals noch nicht in diesem Hause war.

Aber ich kann beurteilen, wie wir seit 2017 vorgehen. Insbesondere beim kommunalen Integrationsmanagement nehmen wir die Kreise und kreisfreien Städte mit. Wir wollen sie unterstützen, effizientere

Strukturen zu schaffen. Wir wollen sie in der Zusammenarbeit mit allen Ämtern und Behörden unterstützen. Schließlich ist das das Entscheidende. Integration geschieht vor Ort. Und genau da unterstützen wir sie.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Wie wichtig ein rechtskreisübergreifendes Fallmanagement ist, sollte klar sein. Daher sollten wir das auch fördern und unterstützen. Zudem sollten wir uns überlegen, wie wir die individuelle Betreuung von Geflüchteten und anderen Eingewanderten verbessern können und sie auch erreichen können. Auch das sollte doch klar sein.

Im Gegensatz zu anderen haben wir nicht nur herumlamentiert, sondern auch gehandelt. Unser Minister Stamp hat den Behörden aufgezeigt, wie sie den Erlass im Bereich Ausbildungsduldung und Bleiberecht auch im bundesrechtlichen Rahmen nutzen können. Wir bieten den Menschen dort Chancen, wo Sie vorher nichts getan haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte noch einen klaren Unterschied zur rot-grünen Vorgängerregierung benennen. Wir wollen das kommunale Integrationsmanagement auf den Weg bringen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Regen Sie sich nicht auf, Frau Düker, sondern hören einfach einmal zwei Minuten zu.

Was haben Sie denn getan? Das, was wir als NRW-Koalition machen, ist der klare Gegensatz zu dem, was Rot-Grün getan hat. Das muss man einfach einmal akzeptieren.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Wir werden mit den Mitteln für das kommunale Integrationsmanagement diese klaren Strukturen zukunftsfest machen. Wir werden die Mittel aufwachsen lassen. Wir werden die Kommunen bei der Integration vor Ort nicht im Stich lassen.

Was haben Sie denn getan? Sie haben irgendein Projekt angefangen und es ein, zwei Jahre betrieben. Dann haben Sie es wieder einstellen lassen – in der Hoffnung, wir würden es weiterfinanzieren, wie das bei den Kommunalen Integrationszentren der Fall war. Wir haben es doch landauf, landab gehört. Sie haben alles nur ein, zwei Jahre anfinanziert – nach dem Motto: Mal gucken, wie es läuft.

Ich habe eben von dem Modellprojekt „Einwanderung gestalten NRW“ gehört. Natürlich gab es gute Modellprojekte. Aber wir setzen das jetzt flächendeckend um. Das ist der Unterschied.

Ebenso fördern wir die Integrationsagenturen. Dafür werden 3 Millionen Euro mehr veranschlagt. Das ist

auch ein Zeichen im Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Der Dialog mit den Muslimen ist uns ebenfalls wichtig. Deswegen wird auch die Arbeit der Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement verstärkt unterstützt. Dafür stehen 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege ...

Stefan Lenzen (FDP): Jetzt nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt gerade wünschen Sie keine Zwischenfrage. Habe ich Sie da richtig verstanden? – Gut.

Stefan Lenzen (FDP): Gemeinsam mit der SPD haben wir die interkulturelle Öffnung der Altenpflege auf den Weg gebracht. Auch dort haben wir unseren Worten Taten Folgen lassen. Dafür stehen jetzt 3 Millionen Euro im Haushalt. Wir gehen also auf die Bedürfnisse ein. Wir wollen die Lebensleistung würdigen.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben schon viel zur Integrationspauerschale gehört. Die Kollegin Wermer hat versucht, Ihnen das zu erklären. Ich versuche es nicht mehr, weil das nicht mehr in meine Redezeit passt. Aber diese Kritik ist wirklich fernab jeder Realität.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gestern wurde noch festgehalten, dass wir 2018/2019 Bundesmittel weiterleiten. Wir geben den Kommunen 533 Millionen Euro mehr, als sie jemals zuvor gesehen haben. Uns wurde gestern noch bestätigt, dass wir die erste Regierung sind, die Bundesmittel weiterleitet. Von Ihnen kam da doch nichts.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Jetzt fangen Sie an, drastisch zu kürzen. Gerade die SPD müsste sich schämen. Sie stellen den Finanzminister, kürzen die Mittel drastisch und sagen dann, wir sollten das hier mal eben lösen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist eine Verklärung der Realitäten. Ich kann nur sagen: Wir gehen mit dem Haushalt den Weg der Chancen weiter. Wir werden die Kommunen weiter unterstützen. Das haben wir bei den Themen „Rückführung“ und „Asyl-Stufenplan“ schon gehört.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir werden auch das Thema „Flüchtlingsaufnahmegesetz“ regeln und mit allen Beteiligten eine auf Dauer tragfähige Lösung finden.

Wenn Sie in den Haushalt geschaut hätten, hätten Sie gesehen, dass die Haushaltsansätze trotz sinkender Flüchtlingszahlen beibehalten worden sind. Das schafft Spielraum für Anpassungen. Die Integrationspauschale kann auch in diesem Bereich – wir haben das extra so geöffnet – teils noch bis November 2020 genutzt werden.

Wir werden handeln, wo Sie von Rot-Grün die Kommunen im Stich gelassen haben. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lenzen. – Jetzt spricht Frau Walger-Demolsky für die AfD-Fraktion.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Integration darf nicht Addition sein. Das ist der ganz große Dissens, den wir bezüglich Ihrer Politik haben.

Integriert werden müssen Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben – und natürlich nicht diejenigen, die absehbar wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen oder sogar müssen, weil die Basis ihres Status die Ausreisepflicht ist.

Integration wird auch nicht gelingen, wenn nur Integration in die Sprache und in den Arbeitsmarkt oder gar in die Sozialsysteme gemeint ist. Integration muss die Anerkennung und die Näherung an die deutsche, respektive die europäische, Leitkultur sein. Nur dann kann das Zusammenleben in Zukunft harmonisch und sicher sein. Eine solche Integration wird dann gegebenenfalls mit dem Bekenntnis zur deutschen Staatsbürgerschaft gekrönt.

Aber was planen Sie in Ihrem Haushalt? Die Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt: 74 Millionen Euro, über 20 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Das ist eine Absage an die Integration und stattdessen ein klares Bekenntnis zur Addition.

Einen Teil des Geldes benötigen Sie, um die Vielfalt auch denen näherzubringen, die schon länger hier leben. Ein anderer Teil fließt in Projekte wie zum Beispiel die Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement in NRW – ein Projekt, das schon heute erkennbar zum Scheitern verurteilt ist, da selbst staatsfeindliche Gruppierungen und diejenigen, die besonders laut Forderungen artikulieren und alles andere wollen, aber um Gottes willen keine Integration in unsere Mehrheitsgesellschaft, mitmachen dürfen.

Fast 4 Millionen Euro sollen zur Qualifizierung und zur Ausbildung junger Flüchtlinge genutzt werden, die eigentlich nur geduldet bzw. gestattet sind. Machen Sie diese jungen Menschen fit für eine Rückkehr in ihre Heimat: Fit4Return. Orientieren Sie sich dabei beispielsweise an bestehenden Programmen wie Perspektive Heimat oder Rückkehr in Würde.

Statt das Ziel gelungener Integration zu verfolgen, ist Einbürgerung für Sie ein Mittel zum Zweck. 25 Millionen Euro und weitere 40 Millionen Euro sind in Aussicht gestellt. Für 2021 und 2022 planen Sie das Case-Management in den Kommunen. Darin enthalten ist mindestens eine halbe Stelle pro Kommune für das Einbürgerungswesen – frei nach dem Motto: Wenn die Zuwanderer erst einmal Deutsche sind, wird alles besser.

Die Summe der FlüAG-Pauschale bleibt gleich, obwohl sie reduziert werden könnte. Kommunen fehlt somit weiterhin der Anreiz, die Zahl der Ausreisepflichtigen zu reduzieren. Das erleichtert auch zweifelhafte Duldungsentscheidungen. 25 % der Ausreisepflichtigen kommen aus den Balkanstaaten. Wo ist da das Rückkehrproblem?

Kommunen, die in den letzten Jahren einen perfekten Aufnahmeapparat aufgebaut haben, erklären sich jetzt zu sicheren Häfen und rufen nach weiteren Flüchtlingen. Anschließend rufen sie nach weiterem Geld.

Wir benötigen in NRW dringend einen erkennbaren Wechsel weg von der Willkommens- und Spurwechselstruktur für Asylbewerber hin zu einer Politik gesicherter Grenzen, kontrollierter Zuwanderung qualifizierter Kräfte – zum Beispiel nach kanadischem Vorbild – und einer Verabschiedungskultur für Ausreisepflichtige. Das gilt natürlich insbesondere für solche, die straffällig geworden sind.

(Beifall von der AfD)

Das aktuelle Problem wachsender Clankriminalität ist doch erkennbar die Folge ungeregelter Zuwanderung Integrationsunwilliger mit Kettenduldung, die ganze Stadtbezirke, zum Beispiel im Norden des Ruhrgebiets, gefühlt zum Ausland gemacht haben. Schauen Sie sich einmal die Peripherien der Großstädte in Frankreich an. Der Weg dahin ist auch bei uns nicht mehr weit – in den ehemaligen Industriegebieten, die bei uns ebenfalls wachsen.

Neben deutlichen Einsparungen bei der freiwilligen Leistung schlagen wir daher eine Erhöhung der Mittel für die Zentralen Ausländerbehörden vor. Diese müssen die Kommunen bei der Rückführung von Ausreisepflichtigen noch mehr und proaktiv unterstützen.

Wir schlagen außerdem vor, mehr Geld für die freiwillige Rückkehr zur Verfügung zu stellen und dies über die ZAB aktiv in die Kommunen zu tragen.

12 von 17 Änderungsanträgen zum Integrationshaushalt kamen von der AfD.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Die sind alle schlecht!)

– Klar.

Sie können sich vorstellen: Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Jetzt tritt der zuständige Minister, Herr Dr. Stamp, ans Pult. Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst ganz kurz an Frau Walger-Demolsky wenden, weil ich sagen muss, dass Sie hier eben Vokabular benutzt haben, was ich indiskutabel finde, und dass diese Art und Weise der Fremdenfeindlichkeit, des Erklärens, man sei hier nicht mehr im eigenen Land,

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Gefühlt!)

und ähnliche Assoziationen im krassen Widerspruch zu der Kreide,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

die Sie offenbar im Ausschuss zu sich genommen haben, steht. Ich frage mich manchmal, was charakterlich schwieriger ist: diejenigen, die die Scharfmacher sind, oder diejenigen, die, wenn sie in der Herde sind,

(Helmut Seifen [AfD]: Sie sind der Scharfmacher!)

nicht den Mumm haben, ihre Linie entsprechend durchzuhalten. Ich finde beides nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD, und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben das wichtige Zukunftsthema „Integration“ wieder zu einem zentralen Thema der Landesregierung gemacht. Herr Kollege Yetim, sprechen Sie mal mit den verschiedenen Genossinnen und Genossen in Ihrer Partei; die werden Ihnen das auch bestätigen. Das gilt auch für Frau Kollegin Aymaz. Wenn Sie mal mit der Basis sprechen,

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ich spreche immer mit denen!)

dann werden die Menschen Ihnen bestätigen, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder eine offensive Integrationspolitik gibt.

Genau das spiegelt auch der Haushalt wider. Wir haben die Mittel für Integration nahezu verdoppelt. Wir

stärken dabei vor allem die Kommunen und die Zivilgesellschaft als die wichtigsten Akteure bei der Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Wir haben schon viel umgesetzt, aber wir haben auch noch viel vor. Das zeigt der aktuelle Haushalt ganz deutlich. Wir werden ein flächendeckendes kommunales Integrationsmanagement einführen und mit der Initiative „Gemeinsam klappt's“ mehr Menschen in Ausbildung und Arbeit bringen.

Wir werden bei der kultursensiblen Altenpflege die Lebensleistung der ersten Generation der Migrantinnen und Migranten stärker würdigen. Gerade diese Generation, die einen wichtigen Teil für unseren Wohlstand geleistet hat, hat dies wirklich verdient.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden die Antidiskriminierungsarbeit der Integrationsagenturen stärker unterstützen, die Zusammenarbeit mit dem Muslimen auf eine breitere Basis stellen, die Unterstützung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörden verbessern. Ich freue mich, dass wir auch im nächsten Jahr den Wertedialog in unserer Gesellschaft unter der Dachmarke #IchDuWirNRW weiterführen werden. Zudem verdoppeln wir die Unterstützung der Kommunen, die von Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind.

All dies sind Bausteine unserer Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030, die eben nicht nur, Herr Kollege Yetim, einfach ein „blutleeres Konstrukt“ ist, wie Sie es gerade dargestellt haben, sondern die von unserem Beirat für Teilhabe und Integration erarbeitet worden ist, in dem unterschiedliche politische, gesellschaftliche Kräfte aus ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen sitzen, wo die Vielfalt der Gesellschaft abgebildet ist. Im Übrigen ist es vom gesamten Kabinett beschlossen worden und wird jetzt sukzessive mit Maßnahmen unterfüttert.

Das ist der Unterschied zwischen einer Strategie, einem strategischen Ansatz und konkreten Maßnahmen. Ich empfehle einen Blick auf die Frage zu werfen, was Strategie ist und was Maßnahmenkataloge sind.

Zudem, meine Damen und Herren, werden wir das Schritt für Schritt in allen Ressorts umsetzen. Ich freue mich, dass wir hier so einen breiten Konsens in der Landesregierung für diese Strategie haben.

Meine Damen und Herren, die Ausgaben für Asyl werden um ca. 167 Millionen Euro abgesenkt. Damit wird der allgemeinen rückläufigen Ausgabenentwicklung Rechnung getragen, die ihrerseits Folge der weiter rückläufigen Flüchtlingszahlen ist. Ich sage aber ausdrücklich dazu, Herr Mostofizadeh, damit da nicht wieder an anderen Stellen falsche Dinge in Umlauf gebracht werden: Die Mittel für die soziale Beratung von Flüchtlingen bleiben trotzdem auf gleicher Höhe erhalten.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch in der Flüchtlingspolitik entlasten wir die Kommunen. So wird das Land noch mehr Aufgaben bei den Rückführungen übernehmen und die Kommunen von der Unterbringung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive entlasten. Dies setzen wir mit dem Asylstufenplan in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt um. Es ist ein Stufenplan, weil nicht alles auf einmal passiert, sondern eben in Stufen, daher der Name Stufenplan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mostofizadeh?

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die Landesregierung hat die Finanzierung der Kommunen ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: ... seit Regierungsantritt Jahr für Jahr erheblich verbessert. Das zieht sich wie ein roter Faden durch jeden Haushalt der NRW-Koalition.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich mal ehrlich machen und sich das Verhältnis Landesfinanzen/kommunale Finanzen ansehen und netto die Jahre 2019 mit 2017 vergleichen, dann müssten Sie dieses perpetuierte Ritual, was Sie an dieser Stelle hier immer wieder aufführen, irgendwann auch einmal einstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir geben die Integrationspauschale vollständig an die Kommunen weiter. Dies kann in Zukunft natürlich nicht mehr der Fall sein, wenn es diese Pauschale nicht mehr gibt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

Aber mir ist es wichtig, dass wir gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für Migration und Integration schließen, der das Thema insgesamt anpackt. Wir wissen alle um die Situation in unseren Städten und Gemeinden und dass der Schuh bei den Kosten der Geduldeten drückt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen werde ich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Novelle des FlüAG erarbeiten. Die Gespräche finden ja statt und haben auch heute wieder stattgefunden.

Die Pressemitteilung, Herr Mostofizadeh, die Sie vorhin zitiert haben, ist im Übrigen an der Stelle nicht

ganz richtig, weil derjenige, der sich dort geäußert hat, in meiner Anwesenheit gar nicht zu dem Thema gesprochen hat,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie lassen ja keine Zwischenfrage zu!)

sondern über ein ganz anderes Thema, nämlich über den Rechtsanspruch an der OGS gesprochen hat. Das nur der Vollständigkeit halber. Deswegen bitte immer sehr vorsichtig mit Zitaten von anderen Leuten sein, wenn man nicht dabei gewesen ist, Herr Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe nicht zitiert!)

– Sie haben zitiert oder es sich zu eigen gemacht. Deswegen sage ich: Vorsichtig mit den Zitaten von anderer Seite.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt aber! Das war Herr Yetim! – Frank Müller [SPD], auf den Abgeordneten Ibrahim Yetim [SPD] deutend: Er war's!)

Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt im Haushalt und auch bei der Integrations- und Flüchtlingspolitik immer wieder deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Kommunen stehen. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Deswegen wird es auch gelingen, gemeinsam ein wetterfestes, zukunftsfähiges und dann dauerhaft für alle tragfähiges Flüchtlingsaufnahmegesetz gemeinsam zu erarbeiten und hier zu beschließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Die Regierung hat die Redezeit um 2 Minuten und 15 Sekunden überzogen. Aber fast alle Fraktionen haben ebenfalls überzogen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8007, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Herr Pretzell und Herr Langguth. Damit haben wir ein klares Ergebnis: Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ist der **Einzelplan 07 in zweiter Lesung angenommen.**

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich rufe auf:

Einzelplan 09 Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht